

IN ENGLAND WIRD WEITER GEKÄMPFT!

Kleingläubige und Defaitisten prophezeiten in den letzten zwei Monaten — wohlgermerkt, während des Gefechts — unzähligemale die Niederlage der englischen Bergarbeiter. Blasierte Weltweise und altkluge Sceptiker haben in den letzten Wochen — wohlgermerkt, in den Momenten des heißesten Gefechts — Dutzende Male die unvermeidliche Niederlage des britischen Bergarbeiterkampfes nicht nur prophezeit, sondern als etwas Unumgängliches mit „haarscharfer“ Logik (und mit echt defaitistischem Geist) bewiesen. Ihre sozialdemokratische (aber auch manchmal ultralinke) Weisheit hat nur eine Kleinigkeit vergessen: die grundlegende Tatsache des englischen Klassenkampfes, die eiserne Logik des gewaltigen Klassenkrieges, der jetzt die Grundfesten des englischen Imperiums erschütterte.

Die Abstimmung der lokalen Organisationen der Bergarbeiter ergab eine überwältigende Mehrheit für die Fortsetzung des Kampfes. Die Delegiertenkonferenz vom 7. Oktober ergab eine Mehrheit von 737 000 Stimmen gegenüber einer Minderheit von 42 000 gegen die Unterjochungsvorschläge der Tory-Regierung. Hunderttausende der Bergarbeiter haben mit dieser Abstimmung der Baldwin-Regierung ein durch die ganze Welt hin schallendes „Götz von Berlichingen!“ zugerufen. Die Delegiertenkonferenz aber ist noch einige große Schritte weiter gegangen. Sie hat den Vorschlag der süd-walisischen Bergarbeiter auf Verstärkung des Kampfes angenommen und beschlossen, die Sicherheits- und Pumpmannschaften aus den Gruben zurückzuziehen. Drittens aber machte die Delegiertenkonferenz einen energischen Appell an die gesamte britische Arbeiterbewegung, indem sie den Vorschlag zur Einberufung eines außerordentlichen Trade Unionkongresses annahm.

In heldenhafter Größe zeigten sich die englischen Bergarbeitermassen, und ihre Delegiertenkonferenz zeigte sich dieser Massen würdig. Von allen verlassen, als abgeschnittene Truppe, kämpfen die Bergarbeiter. Der Generalrat ist ihnen in den Rücken gefallen. Die Eisenbahner und Transportarbeiter verladen und befördern Streikbrecherkohle. Die Führer der Labour Party geben Worte statt Hilfe. Die Arbeiterschaft des Kontinents (mit glorreicher Ausnahme des russischen Proletariats) übte nur ungenügende Solidarität. Und die Führer der Bergarbeiterföderation selbst schwanken in der schwierigen Lage wie Rohr im Winde. Bald geben sie dem Druck der Bischöfe nach, bald schenken sie den Einflüsterungen der Verräter des Generalrats Glauben. Sie wollten durch ihre Nachgiebigkeit und „Kompromisse“ die sogenannte „Oeffentliche Meinung“ auf der Seite der Arbeiterschaft mobilisieren, haben aber nur die Unverschämtheit der Bergwerkskapitalisten gesteigert, die Baldwin-Regierung in ihrer Frechheit bestärkt und manche Köpfe der einfachen Arbeiter verwirrt. Die Exekutive der Bergarbeiterföderation wagte sogar nicht offen Stellung zu nehmen gegen die ungeheuerlichen Unterjochungsvorschläge der Regierung, die die Herabsetzung der Arbeiterlöhne, die Verlängerung der Arbeitszeit und die Zwangsjacke der staatlichen Schiedsgerichte bedeutete. Sie überließ die

Entscheidung der Konferenz der Delegierten. Die erste Delegiertenkonferenz aber hat sich ebenfalls feige gezeigt und überließ die Entscheidung den lokalen Organisationen. Nur die lokalen Organisationen, nur die Massen selbst haben den Mut aufgebracht, die Kampfansage der Regierung mit einer Kampfansage der Bergarbeiter zu beantworten.

Die neue, gesteigerte Kampfaufnahme der Bergarbeitermassen kam nur für die Kleingläubigen der Sozialdemokratie und die Marodeure der Revolution unerwartet. Sie haben eben die Grundtatsache nicht in ihre Rechnung eingestellt: die Tatsache, daß England nach dem Generalstreik eben ein anderes England ist als das „old merry England“ aus den Zeiten der friedlichen Periode. Es ist kein Zufall, sondern nur eine dramatische Zusammenfassung der Lage, daß die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter in London am selben Tage zusammentrat, da der Parteikongreß der herrschenden konservativen Partei in Scarborough den ganzen Tag die Gewerkschaftsfrage diskutierte und in seiner Resolution den Kampf gegen alle Rechte der Gewerkschaften auf der ganzen Front ankündigte. Nur geheime Abstimmungen unter Regierungskontrolle sollen in Zukunft Streiks verkünden können! Massenstreikposten stehen soll verboten werden! Die Fonds der Gewerkschaften sollen unter Regierungskontrolle gestellt werden! Die Rechte der Streikbrecher sollen mit allen Finissen der „Gesetze“ gesichert werden!

Niemals in der Geschichte waren in England die zwei Gegenpole so scharf einander gegenübergestellt, wie heute: in London die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter als Vortrupp des Proletariats — in Scarborough der Parteikongreß der konservativen Vortruppe der Bourgeoisie. Und nicht von uns Kommunisten, sondern vom Ministerpräsident Baldwin selbst stammt die Charakterisierung der Situation, daß die Lage in der englischen Industrie jetzt ebenso sei, wie die Lage in Europa vor dem Weltkriege: Schon die Tatsache, daß sich auf beiden Seiten mächtige, bis an die Zähne bewaffnete Organisationen befinden, müsse letzten Endes zu Gewalttätigkeiten führen. Nicht wir Kommunisten, sondern der „vorsichtige“ Baldwin vergleicht das Verhältnis der englischen Bourgeoisie zum englischen Proletariat mit zwei bewaffneten Lagern und stellt die Perspektive der Unvermeidlichkeit gewaltiger Zusammenstöße auf.

In England wird weiter gekämpft! Das letzte Manifest der kommunistischen Partei hat die Parole herausgegeben: Nieder mit der Regierung! Die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter pfeift auf die unverschämten Vorschläge der Regierung, proklamiert die Verschärfung des Kampfes und stellt die Forderung der Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses auf. Verschärfung des Kampfes in den Bergwerken selbst, das Fallenlassen aller Rücksichten auf die Interessen des kapitalistischen Eigentums, sofortige Einberufung des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses, mit anderen Worten: Appell an die gesamte britische Arbeiterklasse, an die Organisierung der Solidarität der Eisenbahner, der Transport- und Hafenarbeiter, zur Einsetzung des Embargo. Wegjagen der Tory-Regierung, Auflösung des Parlaments, ein Appell an die breitesten Massen, die Einsetzung einer wirklichen Arbeiterregierung unter der Kontrolle des

Proletariats, die sofortige Durchführung der entschädigungslosen Enteignung der Bergwerke, die Einführung der Arbeiterkontrolle: — so lauten die Forderungen der Stunde.

Die Kommunistische Partei Englands, ebenso wie die Anhänger der revolutionären Minderheitsbewegung, haben jetzt die Pflicht, mit eiserner Energie sich hinter die Bergarbeiter zu stellen, für die Verschärfung des Kampfes in den Bergwerken sich einzusetzen, die Parole der Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses zur Parole der Millionen der englischen organisierten Arbeiter zu machen, die Forderung des Sturzes der konservativen Regierung, die Einsetzung der Arbeiterregierung — zur zentralen politischen Parole der gesamten werktätigen Massen Großbritanniens zu erheben. Die Kommunistische Internationale und die Rote Gewerkschaftsinternationale haben die Pflicht, diesen Kampf im internationalen Maßstab zu unterstützen. Baldwin erklärt, daß England jetzt dem Vorkriegs-Europa ähnelt, wo zwei bewaffnete Lager sich gegenüberstehen, wo gewalttätige Zusammenstöße unvermeidlich sind. Die Kommunistische Internationale muß sich an das Proletariat aller Länder mit der Aufforderung wenden, nicht zwischen den beiden Lagern „neutral“ zu bleiben, sondern sich auf die Seite der kämpfenden proletarischen Brüder zu schlagen. Die Bergarbeiter-Internationale hat in ihrer Sitzung vom 10. September die pompöse Deklaration gemacht, daß, wenn der Bergarbeiterstreik bis zum 30. September nicht beendet sei, sie den internationalen Solidaritätsstreik der Bergarbeiter Europas verkünden werde. Der 30. September ist vorbei, die Bergarbeiter-Internationale hatte ihre Sitzung, aber sie hat den Solidaritätsstreik nicht verkündet. Die Amsterdamer Internationale hat sogar die einfache Forderung der Besteuerung der europäischen Arbeiterklasse zu Gunsten der kämpfenden englischen Bergarbeiter abgelehnt. Sie hat sogar die Niederlage der englischen Bergarbeiter bereits „diskontiert“. In England aber wird weiter gekämpft! Die internationale Arbeiterklasse — und vor allem die Kommunisten — müssen jetzt in der dreiundzwanzigsten Woche des Hungerns und Kämpfens ihre Solidarität und ihre Unterstützung um das Dreiundzwanzigfache steigern!

A. BERNARD:

DIE REGIERUNG POINCARÉ UND DIE AUFGABEN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

1. Der Frankenstabilisierung entgegen

In einem Teil der französischen Presse wird in der letzten Zeit bei der Besprechung der Bildung sowie der Finanzpolitik der Regierung Poincaré in erster Linie oder ausschließlich deren Inflationspolitik angegriffen. An verschiedenen Stellen war sogar von einer unbegrenzten Inflation die Rede. Diese Kreise sind offenbar der Anschauung, daß die Finanzkrise in Frankreich fort dauern und daß die Inflationspolitik, die die französische Bourgeoisie einige Zeit betrieben hat, eine Steigerung erfahren würde.

Diese Auffassung entspricht nicht der gegenwärtigen Lage. Sämtliche finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen der französischen Bourgeoisie und ihrer Regierung zielen ab auf eine Stabilisierung des Franken und betreiben aktiv deren Vorbereitung.

Die Bourgeoisie ist beunruhigt über die Auswirkungen der Inflationspolitik. Sie legt sich Rechenschaft darüber ab, daß die durch die Inflation begünstigte industrielle und kommerzielle Belebung nicht der Ausdruck eines gesunden wirtschaftlichen Aufschwunges ist. Es ist bereits so weit, daß ein Teil der industriellen Bourgeoisie, die sich im Auslande mit Rohstoffen eindeckt, von dem Frankensturz nicht mehr profitiert, sondern unter ihm zu leiden beginnt. Auch ist die Bourgeoisie beunruhigt durch die sozialen Auswirkungen der Inflation: der Klassenkampf um die Löhne setzt immer stärker ein, und die durch die Entwertung des Franken ruinierten kleinbürgerlichen Massen verfallen der Radikalisierung. Schließlich wird sie durch die zugespitzte Krise der Staatsfinanzen sowie die daraus entspringende politische Unsicherheit zu der Einsicht gebracht, daß die Inflation für das Regime selbst in rapider Weise gefährlich werden und zur Katastrophe führen muß.

Die seitens der Regierung Poincaré ergriffenen Maßnahmen zeigen, daß sich die Bourgeoisie bemüht, zu einer Stabilisierung zu gelangen; davon zeugt das durch eine steigende Steuerbelastung angestrebte Gleichgewicht des Staatshaushaltes, die Einrichtung einer selbständigen Amortisationskasse als Mittel zur Konsolidierung der schwebenden Schuld durch Veräußerung des Tabakmonopols, die Bereitschaft zur Regulierung der auswärtigen Schulden zwecks Erlangung eines auswärtigen Kredites, die Rationalisierung und die technische Durchbildung der Industrie zwecks Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit, und das Eisen- und Stahlabkommen mit Belgien und Deutschland, das dazu dienen soll, der französischen Eisenerzeugung jene überragende Quote der Kontingentierung zu sichern, die sie heute besitzt usw.

Die Bourgeoisie tritt an die schwere Aufgabe der Stabilisierung des Franken heran in einem Augenblick, wo sie wirtschaftlich sehr gefestigt ist. In der Etappe des ununterbrochenen wirtschaftlichen Wiederaufbaues und Ausbaus hat eine für Frankreich bis dahin unbekannte Konzentration der Produkte und des Kapitals stattgefunden. Die früher bestehenden losen Ein- und Verkaufskontore einzelner Industriebranchen haben sich in feste, zentralisierte Organisationen verwandelt. Das Comité des Forges, das Textilkonsortium und andere derartige Verbände diktieren den ihnen angeschlossenen Organisationen ihren Willen wie nur irgendeine Trustleitung. Im Verein mit den Großbanken üben diese großen Industrieverbände eine immer unumschränktere Herrschaft über die Gesamtwirtschaft des Landes aus. Sie konnten nicht länger den „Linksblock“ am Staatsruder lassen und haben mit der Regierung Poincaré auch politisch ihre Herrschaft aufgerichtet.

Die nächsten Folgen der Stabilisierung und der nächsten Aufgaben

Wie denkt sich die Bourgeoisie die Stabilisierung des Franken? Nicht anders als durch Auferlegung der ganzen Last der Ausgaben des Staats-

haushaltes auf die arbeitenden Massen mit Hilfe eines mächtigen Druckes auf das Proletariat zur Niederhaltung der Löhne und zur Verlängerung der Arbeitszeit. Der Stabilisierungsplan sieht zunächst eine Vorbereitungsperiode vor.

Um das Gleichgewicht des Staatshaushaltes (eine der Vorbedingungen für die Stabilisierung) herzustellen, hat die Regierung entsprechend diesem Plan eine Reihe von Steuermaßnahmen zur Annahme bringen lassen, deren Besonderheit darin besteht, daß sie im wesentlichen die Masse der Verbraucher treffen und dem Großkapital Steuernachlässe bringen. Das ist der zynisch ausgedrückte Wille zur Entlastung des Großkapitals, um es „zu beruhigen“ und die Gesamtheit der Lasten den Massen aufzubürden. Alle diese Steuern werden sich unmittelbar auf die Preise der Lebensmittel auswirken. Die Teuerung wird also auf lange Zeit hinaus das beherrschende Moment in der Lage der arbeitenden Massen bleiben. Die Arbeiter, Bauern und kleinen Leute Frankreichs kennen das Gespenst der Teuerung seit Jahren. Es fing an im Lande umzugehen, als die Inflation begann. Die Inflation, erst geduldet, dann gefördert von der herrschenden Klasse, weil sie die Möglichkeit zur gesteigerten Fortführung der Erweiterung der Industrie, vor allem der exportierenden, war, machte sich für die breiten Massen fühlbar in einer ununterbrochenen Steigerung der Preise aller lebensnotwendigen Waren.

Während der Inflation vollzog sich gleichzeitig mit der Entwicklung der Industrie ihre Konzentrierung. Die neu sich bildenden und immer fester sich zusammenschließenden Industrieverbände betrieben eine Politik der künstlichen Preissteigerung. Der Index der Preise für die Produkte der vertrautesten Industrien stieg bedeutend schneller als der der Agrarproduktpreise. Diese Form der Teuerung, die sich der Inflationsteuerung zugesellt, bekam besonders der mittlere und kleine Bauer und Winzer zu spüren, der sich in den letzten Jahren mehr als vor dem Kriege an den Verbrauch von Industrieprodukten (Dünger, Maschinen, Manufakturwaren usw.) gewöhnt hat.

Die neuen Steuermaßnahmen der Regierung Poincaré beginnen bereits eine weitere Steigerung der Teuerung herbeizuführen, ohne daß die oben genannten Teuerungsfaktoren zu wirken aufhören. Denn die Stabilisierung ist ja erst noch in Vorbereitung und die Wirkung der angestrebten Deflation wird noch lange auf sich warten lassen.

Und noch ein vierter Faktor wirkt gegenwärtig im Sinne der weiteren Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Massen. Während der Inflationsperiode hat sich die Teuerung zuerst bei den Engrospreisen geltend gemacht. Der Index der Engrospreise ist schneller gestiegen als der der Detailpreise. Jetzt, wo durch die zeitweise Stabilisierung des Kurswertes des Franken die Engrospreise anfangen, langsamer zu steigen, wird sich die Annäherung des Detailindex an den Engrosindex vollziehen, wie wir es in Deutschland gesehen haben.

In den letzten Monaten waren wir Zeugen eines Anwachsens der Streikbewegung infolge der Inflationsteuerung. Die jetzt sich fühlbar machende verschärfte Teuerung wird die weitere Ausbreitung der Streikwelle mit sich bringen.

Dem muß die KPF besondere Aufmerksamkeit schenken.

In dieser „Vorbereitungsperiode der Stabilisierung“, die einige Monate dauern kann, ist es ihre und der CGTU Aufgabe, die Kämpfe um die Erhöhung der Löhne zu vertiefen und zusammenzufassen. Die französische Industrie befindet sich jetzt noch in einer günstigen Konjunkturperiode, die Arbeiterklasse muß es deshalb noch vor Eintritt der Krise fertig bringen, Lohnerhöhungen zu erzwingen. Kommt erst einmal die angekündigte Krise und mit ihr die Arbeitslosigkeit, dann ist es zu spät. Es gilt vor allem, die jetzt entbrennenden Kämpfe zu benützen, um die Gewerkschaftsorganisationen auszubauen und zu stärken; es gilt in konkreter Form die Frage der gewerkschaftlichen Einheit zu stellen, als die Voraussetzung zur Schaffung von Massengewerkschaften, es gilt, eine intensive Agitation zu betreiben, Gesetzesanträge einzubringen, Demonstrationen zu veranstalten usw., um die Sozialversicherung und insbesondere die Arbeitslosenversicherung zu erzwingen, es gilt, den ausländischen Arbeitern erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und gleiche Rechte für alle Arbeiter zu fordern. Für den Ausbau der Gewerkschaften muß die Parole der Reorganisation nach Industrieverbänden ausgegeben werden. Der häufig „siegreiche“ Ausgang der letzten Kämpfe, siegreich, indem die Unternehmer einige Papierfranken Zuschlag bewilligen, der sofort durch die Teuerung aufgehoben werden kann, kann gefährliche Illusionen über die Kampftätigkeit der jetzigen Organisationen schaffen. Wenn erst einmal ernste Kämpfe entbrennen, werden die jetzigen Zunftverbände sich ohnmächtig gegenüber dem Trust erweisen. Die Lohnkämpfe und Maßnahmen zur Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen müssen aufs engste mit den allgemeinen politischen Kämpfen der Partei und der Arbeiterklasse verknüpft werden. Sie sind das hauptsächlichste Mittel des Widerstandes gegen die Stabilisierungspläne des Kapitalismus auf Kosten der Arbeiterklasse. Im Zusammenhang mit den spontan ausbrechenden Arbeitskämpfen in den Großbetrieben, die die Gesamtheit der Arbeiterklasse in Bewegung setzen, stellt sich die Frage, ob die französische Arbeiterschaft nicht an die Bildung von Betriebsräten herangehen soll, die von der Masse in Betrieben direkt gewählt werden und sie in ihrer Gesamtheit vertreten. Unter den gegebenen Umständen wird die Frage der Arbeiterkontrolle über die Betriebe konkret aufgerollt.

Die weiteren Folgen der Stabilisierung

Der Sachverständigenplan sowie die wirtschaftlichen und industriellen Instanzen der französischen Bourgeoisie sind sich einig in der Voraussicht, daß die Stabilisierung der Valuta eine tiefgehende Wirtschaftskrise nach sich ziehen wird: Schwierigkeiten hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit auf den Auslandsmärkten, Verlust von Absatzmärkten und ziemlicher Rückgang der Ausfuhr mit den daraus sich ergebenden unvermeidlichen Folgen, Nachlassen der Produktion, Arbeitslosigkeit usw.

Für das französische Proletariat wird sich die Stabilisierung demnach in erster Linie in einer Arbeitslosigkeit bemerkbar machen. In einem Lande, das keine Sozialversicherung besitzt; in dem die Arbeitslosen weder vom Staate noch von den Gewerkschaften Unterstützung beziehen; in dem eine zahlreiche ausländische Arbeitskraft zur Verfügung steht — wird unsere Partei durch diese Perspektive vor gewaltige Probleme gestellt werden. Die

industrielle Bourgeoisie wird bestrebt sein, ihren wirtschaftlichen Auftrieb zu behalten und die ausländischen Erzeuger durch Verbilligung der Herstellungskosten niederzunkonkurrieren, d. h. sie wird die Löhne möglichst niedrig halten und die Arbeitszeit zu verlängern suchen. Angesichts der bevorstehenden Arbeitslosenkrise, angesichts der dadurch hervorgerufenen Bildung einer Armee von Arbeitslosen, die keinerlei Unterstützung beziehen, angesichts einiger Millionen ausländischer Arbeiter, die bestrebt sein werden, zu niedrigen Löhnen weiter zu arbeiten, um nicht ausgewiesen zu werden, angesichts einer Arbeitermasse, die zu 90 Prozent unorganisiert ist, sowie angesichts einer zersplitterten und rumpffartigen Gewerkschaftsbewegung leuchtet es ein, daß es der französischen Bourgeoisie überaus leicht sein wird, mit ihrer Offensive gegen die Arbeiterklasse vorzustoßen. Der Widerstand der Arbeiter, ihr Klassenkampf wird durch alle diese der Bourgeoisie in die Hände spielenden Umstände beeinträchtigt werden.

Während so die Periode der Durchführung der Stabilisierung die Kampfposition der Bourgeoisie gegenüber dem Proletariat verstärken wird, wird die Teuerung der Lebenshaltung der Massen nicht zum Stehen kommen. Die Stabilisierung wird sich zunächst nur auf die Großhandelspreise auswirken. Diese werden sich schnell an das Weltpreisniveau annähern, hinter dem sie ziemlich weit zurückgeblieben sind, und dann stationär werden. Die Kleinhandelspreise haben dabei aber einen viel weiteren Weg zu durchlaufen. Sie lagen, wie schon gesagt, bisher noch erheblich unter den relativ schon tiefen Großhandelspreisen. Der Prozeß ihrer Angleichung an die Weltmarktpreise wird eine längere Zeit andauern. Und während dieser ganzen Zeit, in der die herrschende Klasse schon einige Vorteile der Stabilisierung genießt, werden die breiten Massen der Werktätigen die Kaufkraft ihrer Einnahmen ständig sinken sehen.

Die Stabilisierungskrise, auf die sich die Bourgeoisie vorbereitet, wird demnach einen furchtbaren Druck auf die Arbeitermassen zur Geltung bringen und der Bourgeoisie gestatten, einen direkten Vorstoß gegen die Lebenshaltung der Arbeiter einzuleiten.

Auf alle diese unvermeidlichen Folgen muß die Kommunistische Partei die Arbeiterklasse vorbereiten. Sie muß Sturm läuten und die Massen, namentlich unter Verwendung der von den Kapitalisten selbst gelieferten Materialien (Expertenpläne), der Äußerungen der kapitalistischen Presse, Tag für Tag auf die bevorstehende Krise vorbereiten. Sie muß der Stabilisierung auf Kosten der Arbeitermassen die Stabilisierung auf Kosten der Großkapitalisten entgegenstellen, die in der Losung gipfelt: Abwälzung der Lasten der Finanzkrise auf das Kapital. Diese Abwälzung soll mit der unmittelbaren Maßnahme: Abschaffung des Steuersystems Poincarés, Wiederherstellung und Verschärfung der Besitzsteuern und Beseitigung der Verbrauchssteuern beginnen. Sie führt letzten Endes zu den Maßnahmen, die die KPF seit einem Jahre zur Lösung der Krise vorschlägt: Kapitalabgabe, Beschlagnahme der Banken, Kontrolle der Waren- und Kapital-Ein- und Ausfuhr.

Es ist nicht anzunehmen, daß es der französischen Bourgeoisie gelingt, die Stabilisierung allein durch direkte Schröpfung der Massen der Werktätigen durchzuführen. Sie wird ohne ausländische Anleihen nicht auskommen, und wird daher gezwungen sein, zuerst ihre Schulden zu regeln

und dann für die neuen Darlehen den angelsächsischen Bankiers wichtige Pfänder abzutreten. Die Regelung der interalliierten Schulden und die Aufnahme neuer Kredite bedeutet für das Proletariat und die Masse des Volkes eine neue Form der Ausbeutung, die von der Partei signalisiert werden muß durch die Gegenparole der Streichung der Schulden nach dem Beispiel der Sowjetunion.

3. Die politischen Bedingungen der Stabilisierung

Wir haben in gedrängter Kürze die wirtschaftlichen Perspektiven sowie die vorbereitenden Stabilisierungsmaßnahmen seitens der Bourgeoisie gekennzeichnet und darauf hingewiesen, welches die dementsprechende Gegenvorbereitung der Partei zu sein hat.

Es ist klar, daß sich die Bourgeoisie gleichzeitig auch auf politischem Gebiet auf diese Stabilisierungskrise vorbereitet. Die vorauszusehende wirtschaftliche Krise wird begleitet sein von einer sozialen Krise sowie von Abwehrkämpfen der Massen. Die sozialen Unruhen hat die Bourgeoisie ebenso vorausgesehen, wie sie die Stabilisierungskrise vorausgesehen hat.

Bekannt sind die Äußerungen Caillaux' und Poncets über die Notwendigkeit, die Ruhe und Ordnung auf der Straße mit starken Mitteln aufrecht zu erhalten. Die parlamentarischen Krisen der letzten zwei Jahre beweisen, daß das kleinbürgerliche, parlamentarische Regime nicht den Erfordernissen des Klassenkampfes der Großbourgeoisie in dem Augenblicke entspricht. Sie braucht eine „starke“, ihre Interessen unmittelbar vertretende Regierung. Die Bourgeoisie scheut aber inmitten ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten vor einer Aenderung des politischen Regimes zurück, das ihre an sich schon zahlreichen Schwierigkeiten erhöhen und heftige politische Kämpfe nach sich ziehen würde, in denen sich das ruinierte republikanische Kleinbürgertum zusammen mit dem Proletariat gegen die faschistischen und Diktatur-Bestrebungen erheben würde.

Die Großbourgeoisie ist demnach bestrebt, die parlamentarische Lage zu stabilisieren, sie hat dazu mit Caillaux einen Versuch gemacht. Das Parlament hat ihm die Vollmachten verweigert. Nunmehr führt die Regierung Poincaré-Herriot diese parlamentarische Stabilisierung durch. Es ist dies die einzige starke und stabile Regierung, die parlamentarisch möglich ist. Es ist auch das eine für die Stabilisierung notwendige Vorbereitungsmaßnahme — eine wichtige politische Maßnahme —, um dem Kampf der Ausgebeuteten Widerstand leisten zu können. Sie verfolgt gleichzeitig den Zweck, wieder Vertrauen einzuflößen und einen Teil des Kleinbürgertums erneut zu gewinnen durch eine leichte Besserung des Franken sowie die verfassungsrechtliche Garantie und die Veräußerung des Tabakmonopols zugunsten der Inhaber der Schatzanweisungen.

Die Bourgeoisie betreibt jedoch weiter den Ausbau der reaktionären, der faschistischen, der katholischen und der anderen Organisationen, um die Möglichkeit zur Bildung einer starken, außerparlamentarischen Regierung zu besitzen, falls es der Regierung Poincaré nicht gelingen sollte, diese Aufgabe auf parlamentarische Weise zu lösen. Die Partei handelt richtig, wenn sie gegen die Regierung Poincaré, den Agenten der Großbourgeoisie, eine breite Kampagne einleitet zur Auflösung des Parlaments und wenn sie gleichzeitig ihre antifaschistische Kampagne verstärkt. Eine solche Kam-

pagne wird die politischen Maßnahmen schwächen, die die Bourgeoisie ergreift zur Sicherung ihres Stabilisierungsplanes auf Kosten der werktätigen Massen. Aber diese Kampagne muß mit jener ganzen Perspektive verknüpft werden, die wir umrissen haben und die seitens der Partei im einzelnen studiert und präzisiert werden muß. Besonders wichtig ist das Studium der Auswirkungen, die sich aus der politischen Stabilisierung, aus der Steuerpolitik und der Wirtschaftskrise auf die Bauernmasse ergeben und die von einer entsprechenden Agitation auf dem flachen Lande begleitet werden müssen.

Die Kampagne zur Auflösung des Parlaments muß aber ein ausgesprochen kommunistisches Gesicht tragen und sich klar von der faschistischen Kampagne unterscheiden. Die Parole „Auflösung“ muß also von einem politischen Inhalt getragen sein: Für die Gesundung der Finanzen auf Kosten der Großkapitalisten. Die Kampagne um die Auflösung des Parlamentes muß gleichfalls vermeiden, demokratische Illusionen in bezug auf die Ergebnisse, die aus den Neuwahlen zur Lösung der Krise entstehen könnten, zu erwecken oder zu nähren.

Vor allem ist durch Vermeidung der unmittelbaren Verbindung zwischen der Losung „Auflösung“ und „Arbeiter- und Bauernregierung“ gegen den Gedanken anzukämpfen, als ob die Auflösung und Neuwahlen uns zu einer „Arbeiter- und Bauernregierung“ bringen könnten.

Bei dieser Kampagne muß die Partei wachen über das Wesen der durch ihre Organisation getroffenen vorübergehenden örtlichen Abkommen, deren Gefahren wir bereits signalisiert haben und die in der gegenwärtigen politischen Situation noch wachsen.

Eine Lage, wie die jetzige, erfordert von der Kommunistischen Partei eine erhöhte Tätigkeit. Die richtige Leitung der gegenwärtigen und der großen bevorstehenden Kämpfe des französischen Proletariats ist von größter Bedeutung für die Entwicklung des Kampfes gegen die neue Offensive, die das Kapital im Interesse seiner weiteren Stabilisierung begonnen hat.

A. EICHENWALD:

TENDENZEN UND ERGEBNISSE DER WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG DER SOWJETUNION*

III. Die Sprache der Zahlen

Somit müssen wir Klarheit darüber schaffen, ob Genosse Trotzki und sein oppositionelles Gefolge aller Schattierungen (angefangen mit dem Genossen Sinowjew bis zu Korsch) genügend Grund hat, seine vorjährigen hyper-optimistischen Erklärungen über das siegreiche wirtschaftliche Vordringen des Sozialismus zu „revidieren“ und über das erschreckliche Wachsen der kapi-

* Fortsetzung und Schluß aus Nr. 4 dieser Zeitschrift.

talistischen Hydra zu jammern. Wir müssen Klarheit darüber schaffen, ob diese schroffe Modulation des Trotzlistischen Liedes in objektiven Tatsachen ihren Grund hat oder ob es sich um eine „subjektive“ fraktionelle Prinzipienlosigkeit handelt, durch die das reale Bild in verleumderischer Weise entstellt wird.

Beschäftigen wir uns vor allem mit dem führenden Zweig unserer Volkswirtschaft, mit der Industrie. Welches sind die Tendenzen des Wachstums und des Kampfes verschiedener sozialer Formen auf diesem wichtigsten Teil unserer wirtschaftlichen Front? Hat sich diese Tendenz im Laufe des letzten Jahres zugunsten der kapitalistischen Elemente gewandelt oder macht die sozialistische Offensive weitere Fortschritte?

Folgende Tabelle gibt uns erschöpfende Antwort auf diese Frage, da in ihr sämtliche wichtigen Seiten der industriellen Produktionsdynamik aufgezeigt sind. Möge dies ihre Kompliziertheit einigermaßen rechtfertigen.

Dynamik der Rohproduktion der staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Industrie

(zusammengestellt nach den „Kontrollziffern“, Tabellen, Seite 288—289, 290—292, 331—332):

	Groß-(Zensus-)industrie				Heimgewerbe und Kleinindustrie				Gesamtindustrie			
	Staats-industrie	Genossen-schaftliche Industrie	Private und konzess. Industrie	Ins-ge-samt	Staats-industrie	Genossen-schaftliche Industrie	Private und konzess. Industrie	Ins-ge-samt	Staats-industrie	Genossen-schaftliche Industrie	Private und konzess. Industrie	Ins-ge-samt
1923 24												
in Mill. Vorkriegsrubel	2 383	1 8	136	2 627	17	64	706	787	2 400	172	842	3 414
in % zum Vorjahr . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
in % zur Gesamtsumme	90,7	4,1	5,2	100	2,2	8,1	89,7	100	70,3	5,0	24,7	100
1924 25												
in Mill. Vorkriegsrubel	3 740	154	167	4 061	21	79	879	979	3 761	233	1 046	5 040
in % zum Vorjahr . . .	157	143	123	155	124	123	125	124	157	136	124	148
in % zur Gesamtsumme	92,0	3,8	4,2	100	2,1	8,1	89,8	100	74,6	4,6	20,8	100
1925 25												
in Mill. Vorkriegsrubel	5 309	247	241	5 797	24	91	1 011	1 126	5 333	338	1 252	6 923
in % zum Vorjahr . . .	142	160	144	143	114	115	115	115	142	145	120	137
in % zur Gesamtsumme	91,6	4,3	4,1	100	2,1	8,1	89,8	100	77,0	4,9	18,1	100
1926 27												
in Mill. Vorkriegsrubel	6 095	275	270	6 640	26	98	1 091	1 215	6 121	373	1 361	7 855
in % zum Vorjahr . . .	115	111	112	114	108	108	108	108	115	110	109	113
in % zur Gesamtsumme	91,8	4,1	4,1	100	2,1	8,1	89,8	100	77,9	4,7	17,3	100

Der erste Blick auf jene Rubriken dieser Tabelle, die von der Privatindustrie handeln, kann den wirtschaftlich nicht allzu geschulten ultralinken Schreibern einen freudigen Entlarvungsruf entlocken. Die absoluten Produktionsziffern der kapitalistischen (privaten und konzessionierten Zensusindustrie) sowie der Kleinindustrie steigen unverdrossen. Dies unterliegt keinem Zweifel. Jedoch bereits beim zweiten Blick auf unsere Tabelle wird der Entlarvungseifer der ultralinken Sonntagsreiter bedeutend gedämpft sein. Denn trotz der absoluten Zunahme der Produktion der Privatindustrie sehen wir eine stete Abnahme ihres Anteils an der allgemeinen Masse der industriellen Produktion. Die Produktion sowohl der staatlichen und genossenschaftlichen als auch der privaten Industrie wächst. Jedoch das Tempo des Wachstums der Produktion privater Industriebetriebe ist ein langsames als das Tempo des Produktionswachstums der Staats- und Genossenschafts-

betriebe. Die Grundlage der staatlichen Industrie — die Großindustrie — wächst mehr als doppelt so rasch als die Kleinindustrie und das Heimgewerbe. Daher ist der staatliche Anteil in den Jahren 1923/24 und 1925/26 von 70,3 Prozent auf 77 Prozent der allgemeinen Industrieproduktion gewachsen, während der Anteil der privaten, hauptsächlich der Klein- und Heimindustrie von 24,7 auf 18,1 Prozent gesunken ist.

Somit sind die auch ohnehin starken Machtpositionen der sozialistischen Industrie im Lauf der letzten drei Jahre auch weiter erheblich erstarkt. Im Speziellen ist zu vermerken, daß das Jahr 1925/26, das Jahr, wo sich das Urteil der Opposition vom Ultra-Optimismus zum Ultra-Pessimismus gewandelt hat, keinen unerwarteten Abbruch der allgemeinen Linie sozialistischer Offensive mit sich bringt. Im Gegenteil: In diesem Jahre dringt die Offensive ein erhebliches Stück vor. Gestützt auf diese deutlich zutage tretende und durch mindestens dreijährige Erfahrungen bestätigte Tendenz sehen die Kontrollziffern (die übrigens unter der Leitung des heuer sehr trübsinnig dreinschauenden oppositionellen Genossen Smilga zusammengestellt wurden und denen daher ein übermäßiger Optimismus wirklich nicht nachgesagt werden kann) ein weiteres rascheres Entwicklungstempo der Staatsindustrie im Vergleich mit demjenigen der Privatindustrie vor, und im Zusammenhang damit auch einen steigenden Anteil der Produktion des sozialistischen Sektors auf Kosten des fallenden Anteils der privatwirtschaftlichen Produktion.

So liegen die Dinge in der Industrie, in dieser wirtschaftlichen Hochburg des sozialistischen Staates. Betrachten wir nunmehr die Dynamik im Handel, wo das Privatkapital im ersten Semester 1923/24 noch die Hälfte des Gesamtumsatzes hatte und von wo aus es das ganze sozialistische Aufbauwerk, in erster Linie das wirtschaftliche Bündnis zwischen Proletariat und Bauernschaft, bedrohte.

Waren-Handels- (Vermittlungs-) Umsatz in der USSR („Kontrollziffern“, Seite 373—374).

	Großhandel				Detailhandel				Gesamt. Warenumsatz			
	Staatlicher Handel	Genossenschaftlich. Handel	Privat-handel	Ins-ge-samt	Staatlicher Handel	Genossenschaftlich. Handel	Privat-Handel	Ins-ge-samt	Staatlicher Handel	Genossenschaftlich. Handel	Privat-handel	Ins-ge-samt
1923/24												
in Mill. Goldrubel . .	2 459	1 235	1 030	4 724	566	1 515	2 946	5 027	3 025	2 750	3 976	9 751
in % zur Gesamtsumme	52,1	26,1	21,8	100	11,3	30,1	58,6	100	31,0	28,2	40,8	100
1924/25												
in Mill. Goldrubel . .	3 500	2 651	644	6 795	1 355	2 486	3 056	6 897	4 855	5 137	3 701	13 691
in % zur Gesamtsumme	51,5	39,0	9,5	100	19,6	36,1	44,3	100	35,5	37,5	27,0	100
1925/26												
in Mill. Goldrubel . .	5 100	4 382	981	10 463	1 754	4 370	3 879	10 003	6 954	8 654	4 860	20 468
in % zur Gesamtsumme	48,6	41,2	9,4	100	17,5	43,7	38,8	100	35,0	51,0	24,0	100
1926/27												
in Mill. Goldrubel . .	6 304	5 406	1 159	12 869	1 992	5 452	4 087	11 531	8 296	10 858	5 246	24 400
in % zur Gesamtsumme	49,0	42,0	9,0	100	17,0	47,5	35,5	100	34,0	44,0	22,0	100

Diese Tabelle berechtigt uns zu der Behauptung, daß die sozialistische Wirtschaftsweise nicht nur auf dem Gebiete der Industrie zur Vorherrschaft gelangt ist, sondern auch im Engros- und selbst im Detailhandel dem Privat-

kapital den Rang abgelaufen hat. Auch hier sehen wir im Jahre 1925/26 einen weiteren Rückgang des Anteils des Privatkapitals, sowohl im gesamten Warenumsatz als auch ganz besonders im Detailhandel. Es sind die Genossenschaften, die in erster Linie das Privatkapital verdrängen und die in bezug auf Wachstum ihres Umsatzes nicht nur den Privathandel, sondern auch den Staatshandel überflügeln.

Waren wir jedoch in der Lage, in bezug auf Industrie und Handel ein vollkommen klares Bild des allgemeinen Aufschwunges der Sektoren sozialer Natur zu entwerfen, und dabei auf ein rascheres Wachstum des staatlichen und des genossenschaftlichen Sektors zu verweisen, so liegen die Dinge auf landwirtschaftlichem Gebiet nicht so deutlich zutage. Wohl wissen wir alle, daß auf dem Lande einerseits das Kulakentum wächst, d. h., daß ein Teil der Bauernschaft sich in kapitalistischen Bahnen bewegt. Davon spricht u. a. auch die Zunahme der Lohnarbeiter in den privaten landwirtschaftlichen Betrieben. Im Jahre 1923/24 beschäftigten sie 1 070 000 Lohnarbeiter, im Jahre 1925/26 bereits 1 430 000, für das Jahr 1926/27 werden es voraussichtlich 1 515 000 sein, d. i. eine Zunahme von 34 Prozent. Gleichzeitig aber sehen wir eine Vorwärtsentwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, das im engsten Zusammenhang mit der Hebung der kleinbäuerlichen und mittelbäuerlichen Wirtschaft steht. Es ist jedoch unmöglich, diese einander widersprechenden Entwicklungsgänge in zwei nebeneinanderlaufenden Zahlenreihen auszudrücken, da es an genügenden statistischen Unterlagen über die Differenzierung der Bauernschaft, über den Charakter unserer genossenschaftlichen Arbeit, über ihre Auswirkungen auf die individuelle Bauernwirtschaft usw. fehlt.

Indessen sind folgende zwei wesentliche Punkte hervorzuheben. Vor allem wird durch das Erstarken der staatlichen Industrie die Basis geschaffen für die technisch und sozialwirtschaftlich führende Stellung des sozialistischen Sektors in der Entwicklung der Bauernwirtschaft. Andererseits werden durch die Vorherrschaft des Staates und der Genossenschaften auch im Handel die sozialistischen Machtpositionen der bäuerlichen Wirtschaft gleichsam nähergebracht, und es wird die Möglichkeit durchgreifender Einwirkung auf die tiefsten Wurzeln dieser letzteren gegeben. Wenn bisher der Handel, der Zusammenhang mit dem Markt, nahezu die Hauptquelle des Kapitalismus auf dem flachen Lande gewesen ist, so gestaltet er sich mit dessen fortschreitenden Uebergängen in die Hände sozialistischer Unternehmen, zu einem Stützpunkt, um das Wachstum des Kapitalismus einzuschränken, ihm vorzubeugen und die Entwicklung der bäuerlichen Wirtschaft in sozialistische Bahnen zu lenken. Mit Rücksicht darauf ist das mächtige Emporwachsen der landwirtschaftlichen Genossenschaften von außerordentlicher Bedeutung. Am 1. Oktober 1924 gab es in der USSR (ohne Ukraine) 25 840 primäre landwirtschaftliche genossenschaftliche Bauernorganisationen mit 2 Millionen Mitgliedern; am 1. Oktober 1926 hat aber die Zahl der landwirtschaftlichen Genossenschaften bereits 33 500 erreicht, ihre Mitgliederzahl — 5 948 000. Somit hat sich die Erfassung der Bauernmassen durch die Genossenschaften nahezu verdreifacht und beträgt rund 27 Prozent der Gesamtzahl bäuerlicher Wirtschaften.*

* Die Gesamtzahl der Bauernwirtschaften beträgt 22 Millionen. Es ist meist nur der eigentliche Hofbesitzer, der Genossenschaftsmitglied ist.

Wir müssen aber gestehen, daß trotz der bedeutenden Zunahme sowohl der Organisations- als auch der Mitgliederzahl die sowjetistischen landwirtschaftlichen Genossenschaften in bezug auf die Ausnutzung der Mittel ihrer Mitglieder, in bezug auf tieferes Eindringen in das Wirtschaftsleben der Bauernschaft manches zu wünschen übrig lassen.

*

Versuchen wir ein Fazit der allgemeinen Dynamik des gegenseitigen Verhältnisses der einzelnen Sektoren der Volkswirtschaft zu ziehen. Nimmt man die Gesamtproduktion sämtlicher Volkswirtschaftszweige mit 100 an, so kommt der Anteil von Staat, Genossenschaften und Privatwirtschaft in folgenden Zahlen zum Ausdruck:

	Staat	Genossenschaft	Privatwirtschaft	Insgesamt
1923/24	34,5	2,6	62,9	100
1924/25	35,7	2,8	61,5	100
1925/26	37,6	3,2	59,2	100
1926/27	39,1	3,3	57,6	100

Durch diese Tabelle wird die Tendenz, die wir bereits in den einzelnen Wirtschaftszweigen beobachtet haben, die Tendenz zur allmählichen, ziemlich langsamen, jedoch um so sichereren und steten Sozialisierung immer größerer sowjetistischer Wirtschaftsgebiete, verallgemeinert und bestätigt.

Diese sozialistische Entwicklungstendenz der Wirtschaft der USSR findet auch in der Verteilung des Volkseinkommens einen entsprechenden Ausdruck. Wenn Korsch fälschlich behauptet, daß in der USSR eine „kapitalistische Entwicklung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft“ vor sich geht, zu der die Interessen des Proletariats „in immer größeren Maße in Widerspruch geraten“; wenn die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ von Katz u. Co. schreibt, daß „das Elend und die Arbeitslosigkeit des Proletariats“ in Rußland „eine Quelle des Mehrwerts und der Bereicherung der Bauern“ ist; wenn die Oppositionsanhänger der KP der SU auf Grund eines angebliehen, von ihnen selbst aus den Fingern gezogenen, Rückgangs des realen Arbeitslohnes des sowjetrussischen Proletariats Demagogie treiben wollen, — so führen Zahlen und Tatsachen eine deutliche Sprache gegen diese Verleumdungen. Der Arbeitslohn wächst nicht nur, er hat nicht nur bereits im Durchschnitt das Vorkriegsniveau erreicht, sondern mehr als das: der Anteil des Proletariats am Volkseinkommen ist seit 1923/24 bis 1925/26 unaufhörlich gestiegen und wird voraussichtlich für 1926/27 weiter steigen. Im Jahre 1923/24 betrug er 23,2 Prozent, im Jahre 1924/25 26,1 Prozent, im Jahre 1925/26 29,2 Prozent, im Jahre 1926/27 29,8 Prozent. Der auf den vergesellschafteten Sektor der Volkswirtschaft entfallende Teil des Einkommens (in der Hauptsache die Reinerträge staatlicher und genossenschaftlicher Betriebe) zeigt ebenfalls die gleiche Wachstumstendenz: er ist von 4 Prozent im Jahre 1923/24 auf 7,8 Prozent im Jahre 1926/27 gestiegen, d. h. hat sich fast verdoppelt. Der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist dagegen von 59 Prozent auf 51,6 Prozent gesunken, obwohl absolut das Einkommen der Bauernschaft zweifellos bedeutend gestiegen ist. Bezeichnend ist es, daß der Einkommensanteil der „übrigen“ nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung, die auch nicht „Lohnarbeitern“ zugerechnet werden kann, d. h. der Einkommensanteil jener Gruppe, zu der vor allen Dingen die Bourgeoisie gehört, stetig abnimmt. Er betrug im Verhältnis zu allen nicht aus der Landwirtschaft fließenden

Einkommen im Jahre 1923/24 43,5 Prozent; im Jahre 1924/25 36,0 Prozent; im Jahre 1925/26 32,5 Prozent; im Jahre 1926/27 31,7 Prozent. Man mache den Versuch, diese Tatsachen mit den ultralinken und menschwistischen Verleumdungen der Sowjetunion in Einklang zu bringen. Die Verfasser der „Kontrollziffern“ bemerken ganz richtig dazu:

„Im Gegenteil zum Gesetz des fallenden Anteils des Proletariats am Volkseinkommen, das allen kapitalistischen Ländern (darunter auch dem zaristischen Rußland) gemeinsam ist, ist in diesen Jahren der proletarische Anteil am Volkseinkommen in steter Zunahme begriffen und ist heute um 30 Prozent höher als im Jahre 1913.“

Die Schlußfolgerung, die sich aus dieser Anhäufung statistischer Argumente aufdrängt, ist klar. Der wesentliche Inhalt der „Wiederherstellungsperiode“ ist nicht nur einfache Wiederherstellung der alten Oekonomik, sondern auch sozialistischer Aufbau im Rahmen der alten Technik und des alten Produktionsskelettes. Unter der Führung der KPderSU baut das Proletariat der Sowjetunion den Sozialismus auf — trotz der Unkenrufe der haltlos hin- und herschwankenden Opposition, trotz des giftigen Zischens der ultralinken Menschewiki. Wenn die Weber-Gruppe in ihrer Resolution stammelt, sie sei „gegen die Extreme der Nep“, „für die Beschränkung der Nep durch die von Lenin vorgezeichneten Grenzen“, so gibt es nur zwei Erklärungen dafür: Erstens kennen die Verfasser dieser Resolution die Leninschen Lehren nicht und verstehen auch nicht, welche „Grenzen“ er der Nep zog und welche Aufgaben er ihr stellte. Zweitens mangelt es ihnen an Einsicht in das reale Wirtschaftsleben der Sowjetunion, das stetige Vordringen der sozialistischen Elemente der sowjetistischen Volkswirtschaft wollen sie aber einfach nicht sehen.

IV. Auf dem Wege zur Industrialisierung

Wie steht aber die Sache mit der Industrialisierung? Wird das Proletariat Sowjetrußlands imstande sein, die wichtigste materielle Voraussetzung für die Aufrichtung des Sozialismus in der USSR — ihre Verwandlung aus einem rückständigen bäuerlichen in ein vorgeschrittenes Industrieland — zu verwirklichen? Betrachten wir, welches Material die Kontrollziffern in dieser Zentralfrage der wirtschaftlichen Zukunft der Sowjetunion uns bieten.

Am schwersten hatte die Großindustrie unter den Folgen des Krieges und der Revolution zu leiden, die Landwirtschaft dagegen ist verhältnismäßig leichter davongekommen. Zur historisch bedingten agrarischen Einseitigkeit der Sowjetunion und dem ebenfalls historisch gegebenen „Mißverhältnis“ zwischen Industrie und Landwirtschaft, gesellte sich somit ein weiteres „Mißverhältnis“. Während die Landwirtschaft im Jahre 1923/24 75 Prozent der vorkriegszeitlichen Produktion lieferte, betrug die Produktion der Industrie nur 47,7 Prozent der Vorkriegszeit. Im Jahre 1913 entfielen 62,8 Prozent der gesamten volkswirtschaftlichen Produktion auf die Landwirtschaft und 37,2 Prozent auf die Industrie; im Jahre 1923/24 aber entfielen auf die Landwirtschaft 72,6 Prozent, auf die Industrie nur 27,4 Prozent. Mit anderen Worten: das Verhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft hatte sich zuungunsten der Industrie verschoben.

Der „Wiederherstellungsprozeß“ stellte sich eine möglichst rasche Liquidierung dieses „ergänzenden Mißverhältnisses“ als erste Aufgabe. Dank dem äußerst raschen Wiederherstellungstempo der Industrie, das das Wiederher-

stellungstempo der Landwirtschaft stark überflügelte, war es möglich, dies im Laufe von vier, fünf Jahren Nep zu erreichen.

Im Vergleich zum Vorjahr hat der Wiederherstellungsprozeß von Industrie und Landwirtschaft der letzten Jahre folgende Gestalt:

	Landwirtschaft	Großindustrie	Klein- u. Heimindustrie
1924/25	108%	155%	124%
1925/26	119%	143%	115%
1926/27	105%	114%	108%

Wie man sieht, eilt die Großindustrie mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts, und weder die Landwirtschaft noch die Klein- und Heimindustrie können ihr nachkommen. Daher war bereits im Jahre 1925/26 das Verhältnis zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Produktion fast das gleiche wie in der Vorkriegszeit: 62 und 38 Prozent. Das vorkriegszeitliche Niveau der Industrialisierung Rußlands war somit erreicht.

Die weitere Industrialisierung Sowjetrußlands ist nur denkbar auf dem Wege verstärkter Akkumulation in der Industrie, auf dem Wege eines solchen Tempos dieser Akkumulation, das dasjenige der landwirtschaftlichen Akkumulation der Union und dasjenige der industriellen Entwicklung der kapitalistischen Länder überholt. Das Problem der Kapitalinvestitionen in der Industrie wird daher zum Zentralproblem im Kampfe um die Industrialisierung der Sowjetunion. Die Dimensionen der bereits jetzt von der Sowjetmacht gemachten Aufwendungen für die Industrie werden bestimmend sein für den Verlauf der Industrialisierung in den nächstfolgenden Jahren.

Betrachten wir nunmehr die Situation auf diesem überaus wichtigen Gebiete. Der Zuwachs der Kapitalfonds der Volkswirtschaft hat im Jahre 1923/24 eingesetzt und betrug 0,7 Prozent. Die Zunahme der landwirtschaftlichen Fonds beträgt etwa 3 Prozent jährlich. In der Industrie war dieser Zuwachs zunächst ganz unbedeutend, und erst das Jahr 1925/26 bringt eine entscheidende Wendung mit sich. In diesem Jahre betrug der Zuwachs rund 500 Millionen Rubel oder 9 Prozent des gesamten Industriefonds. Für das Jahr 1926/27 hat der „Gos-Plan“ (Haupt-Planwirtschaftsausschuß) einen Fondszuwachs in der Landwirtschaft von 3,5 Prozent, für die Industrie aber 8,4 Prozent in Aussicht genommen, darunter für die staatliche Industrie 9,2 Prozent. Höchstwahrscheinlich wird diese Ziffer überschritten werden, da der Oberste Rat für Arbeit und Verteidigung diese vom „Gos-Plan“ in Vorschlag gebrachten Kapitalaufwendungen als ungenügend bezeichnet hat. So ist das Tempo der industriellen Akkumulation fast dreimal so groß wie das der landwirtschaftlichen Akkumulation. Dieses Verhältnis bildet die Grundlage für die Industrialisierung der Sowjetunion.

Durch diesen Voranschlag der Kontrollziffern für 1926/27 werden die ersten Schritte zur Industrialisierung gewiesen. Auf Grundlage des rascheren Akkumulationstempos wird die Großindustrie ihre Produktion um 14 Prozent erhöhen, das heißt fast um das Dreifache im Vergleich zur Landwirtschaft. Dank diesem Umstand wird es möglich sein, das vorkriegszeitliche Verhältnis zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Produktion zu überschreiten: statt einem Verhältnis von 62 und 38 Prozent im Jahre 1923 wird das Jahr 1926/27 ein Verhältnis von 60 und 40 bringen. Somit wird in diesem Jahre die Sowjetunion den ersten Schritt auf dem vom 14. Parteitag der KP vorgezeichneten Wege, auf dem Wege zur Industrialisierung unseres Landes,

machen. Das Entwicklungstempo unserer Industrie wird dabei das Entwicklungstempo der amerikanischen Industrie in ihrer üppigsten Blütezeit überflügeln. Die Periode des stürmischen Auschwunges von 1899 bis 1909 ergab einen durchschnittlichen industriellen Zuwachs von 6,4 Prozent jährlich, während der Zuwachs unserer Industrie im Jahre 1926/27 14 Prozent betragen wird und der „Gos-Plan“ für die nächsten fünf Jahre einen möglichen Zuwachs von 9—10 Prozent jährlich in Aussicht nimmt.

Die Vorzüge der sozialistischen Führung der Volkswirtschaft gewährleisten eine stetige Industrialisierung der Sowjetunion in der gleichen Weise, wie sie die rasche Wiederherstellung der Volkswirtschaft der proletarischen Republik ermöglicht haben.

I. T. MURPHY:

DIE BRITISCHE REICHSKONFERENZ

Mitte Oktober dieses Jahres wird die britische Reichskonferenz abgehalten werden. Es ist drei Jahre her, seit eine solche Konferenz in London am Vorabend des Rücktrittes der ersten Baldwin-Regierung stattfand. Bei dieser Gelegenheit spielte die Reichskonferenz eine außerordentlich wichtige Rolle in der englischen Innenpolitik, ohne indessen ein einziges Problem der „gegenseitigen Beziehungen innerhalb des Imperiums“ lösen zu können. Sie enthüllte schon damals, also gerade vier Jahre nach der Friedenskonferenz von Versailles, eine wachsende Verschärfung der Interessengegensätze, die von da an eher zugenommen als sich abgeschwächt haben. In der Innenpolitik unterstützte die Reichskonferenz die Konservative Partei bei der Durchführung eines Manövers, mit dem die Baldwin-Regierung ganz überlegt ihre beträchtliche Parlamentsmehrheit beseitigte, dies um eine neue Zolltarifpolitik zu ermöglichen; damit manövrierte sie die Labour-Party auf einen toten Punkt. Unfähig, das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen, sah die konservative Parteiführerschaft die Massen zu der Labour-Party abwandern, und vor ihr stand die Perspektive des Sieges einer Labourmehrheit bei den nächsten Wahlen. In dem Bestreben, der von ihnen bei den vorhergehenden Wahlen übernommenen Verpflichtungen gegen Zolltarifrevisionen ledig zu werden und um die Wiederkehr einer Labour-Mehrheit in absehbarer Zeit zu verhindern, griffen die Konservativen die Forderungen der Reichskonferenz nach „Bevorzugung innerhalb des Reiches“ auf und die Regierung trat zurück. Dies bot zwei Möglichkeiten — hinsichtlich der Labour Party bezweckte die Regierung die Bildung einer Minderheits-Labour-Regierung, um damit endgültig die Führer der Labour Party gründlich zu kompromittieren, weil diese damit gezwungen wurden, die imperialistische Politik der Konservativen Partei zu besorgen. Außerdem stellte dies eine vollständige „Einheitsfront“ der Imperialisten her, vom äußersten rechten Flügel der Konservativen Partei bis zu den Führern des „linken Flügels“ in der Labour Party. Die Kommunistische Partei stand ganz allein als einziger Vertreter einer anti-

imperialistischen Politik. Hätte die Reichskonferenz ebenso erfolgreich die anderen Probleme gelöst, wie sie es verstand, die Labour-Party ihrer imperialistischen Politik dienstbar zu machen, so würde die Oktobersitzung in einer glücklicheren Stimmung stattfinden können. Aber heute kann man sagen, daß trotz der vollständigen Kollaboration der englischen Labour-Party und der seither abgehaltenen Labour-Reichskonferenz die Reichskonferenz von 1926 unter Umständen zusammentritt, die für die eigentliche Existenz des englischen Weltreiches weit bedrohlicher sind, als jemals zuvor in der Geschichte.

Sie tritt in einer Atmosphäre der Krise und des Pessimismus zusammen. Sie sucht ganz offen „das Reich zu retten“. Sie hat nicht die Aufgabe, bestimmte mögliche erreichbare Ziele zu verwirklichen. Sie ist aufgepeitscht von den Problemen des Zerfalls und der mächtigen Rivalität zwischen den lebenswichtigen Reichsteilen. Die Konferenz wird von ihrer Loyalität sprechen, von ihrer Einigkeit, von Traditionen und Hoffnungen. Die Delegierten treten zusammen im Bestreben, ihre eigenen Interessen zu wahren, sie werden der Diskussion beiwohnen, ihre Höflichkeit wahren und nach Hause fahren, um dort ihre eigenen Wege zu gehen. Keine Beschlüsse der Konferenz haben ohne Ratifikation seitens der verschiedenen Parlamente bindende Kraft, und selbst in diesem Fall sind sie begrenzt durch die Macht — oder Ohnmacht — der englischen Regierung. Trotzdem wird sich die Tendenz, eine Art System von Föderalismus einzuführen, auf der Konferenz Ausdruck verschaffen, wenn die Interessen dort aufeinander prallen. Und dies ist der gegenwärtige Prozeß, der sich in einem raschen Tempo durch das ganze englische Weltreich hin auswirkt.

Man erklärt, die Probleme, vor denen die Konferenz steht, seien ebenso wohl wirtschaftliche wie verfassungsrechtliche. Bei der Behandlung der ersteren wird die Konferenz vor der Tatsache der absoluten Erfolglosigkeit ihrer Beschlüsse von 1923 stehen. Sie kann aus allen Reichsteilen berichten: 1. Das Versagen aller Auswanderungspläne für Abschiebung von Engländern nach den Kolonien. Heute wandern mit staatlicher Beihilfe weniger Leute aus als 1913 ohne staatliche Beihilfe, und dies trotz der chronischen Arbeitslosigkeit. Die Interessen der respektiven Länder stehen dem englischen Wunsch nach einer Erhöhung der Auswanderung nach den Kolonien entgegen. Diese Länder wünschen absolut keine Zunahme der Einwanderung, wenn dies eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zur Folge hat; 2. alle Pläne von gegenseitiger Bevorzugung und staatlicher Beihilfe für den Handel im Reichsrahmen waren nicht imstande, irgendeine merkbare Aenderung beim Handel innerhalb des Reiches zu bewirken; indessen hat Englands größter Konkurrent — Amerika — England bei Eroberung der Märkte sogar in den englischen Kolonien, denen spezielle Vorteile beim Bezug englischer Waren garantiert sind, fast vollständig aus dem Felde geschlagen. Gegenüber einem Sinken des englischen Exporthandels (Zahlen von 1924) um 20 Prozent, ist eine Hebung des amerikanischen Exportes um 20 Prozent festzustellen, und wenn Fertigwaren allein berücksichtigt werden, sogar eine Hebung um 48 Prozent; und ebensowenig gelang es dem englischen Handel, auch nur irgendwie erfolgreicher sich auf die Handelskanäle des Imperiums einzustellen. Der Balfour-Bericht über den Ueberseehandel zeigt folgende Zahlen 1913 — 37,3 Prozent, 1922 — 37,6 Prozent, 1923 —

37,2 Prozent, 1924 — 38,5 Prozent. Aber was den englischen Imperialisten am allermeisten aufs Gemüt schlagen muß, das sind die vergleichswisen Zahlen der Reichseinfuhr.

Im Jahre 1913/14 betrug die Kanadischen Einfuhren aus England 20,7 Prozent der Totaleinfuhr; im Jahre 1923/24 sank diese Einfuhr auf 17,2 Prozent, im gleichen Jahr stieg die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten von 65 Prozent auf 67,3 Prozent. Die Einfuhr Australiens aus England betrug 1913 52,4 Prozent der Gesamteinfuhr, 1923/24 sank diese Einfuhr auf 45,2 Prozent, während die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten im gleichen Jahr von 13,9 auf 24,6 Prozent anstieg. Die Einfuhr Neuseelands aus England sank von 51,5 auf 47,8 Prozent; während derselben Jahre stieg die Einfuhr aus Amerika von 9,5 auf 12,9 Prozent. Mit Indien ist die Geschichte nicht anders. Die Einfuhr aus England sank während dieser Jahre von 64,2 auf 60,2 Prozent und die aus den Vereinigten Staaten erhöhte sich von 2,6 auf 5,6 Prozent.

Eine eingehendere Analyse würde zeigen, daß England Boden verloren hat gerade bei den Industrien, die von der Arbeitslosigkeit am meisten zu leiden hatten und heute noch am meisten leiden, das sind: Metall-, Metallmanufaktur- und Maschinenindustrie; und auf dem Gebiet der Kohlenindustrie sind die Kolonien sogar ganz ausgesprochen Konkurrenten geworden. Südafrika und Australien haben die englische Kohle von den australischen Märkten weggefegt, und Kanada bezieht alle seine Kohlenimporte aus den Vereinigten Staaten. Dir kritische Lage, die diese Zahlen vor der Reichskonferenz enthüllen, kann nicht zum Vorteil eines „einigen Reiches“ dienen. Das Weltreich kracht in seinen Fundamenten und weder Kavallerie noch Artillerie, und nicht einmal der liebe Gott selber, könnten diesen Prozeß aufhalten.

Und ebensowenig wird die Konferenz auch nur um einen Schritt einer Lösung der „Verfassungsprobleme“ näherkommen. Sie wird ganz einfach aufzeigen, inwiefern die politischen Bewegungen, die auf der Grundlage dieser hier dargelegten Widersprüche vor sich gehen, sich seither zu ganz bewußten Bewegungen entwickelt haben, die entweder auf vollständige Unabhängigkeit abzielen oder unter die Leitung von neuen Führern gekommen sind. Es ist nicht ganz ohne Bedeutung, daß alle Zeitungen und Zeitschriften bei der Behandlung der Reichskonferenz die Bewegungen in den Dominions in das Zentrum der Aufmerksamkeit rückten, daß aber dabei kein Wort gesagt wurde über Indien, Aegypten, Mesopotamien usw. Seit der letzten Reichskonferenz haben die Massen dieser Länder besser als jemals den wirklichen Charakter des „British Commonwealth of Nations“ („England sichert allen Nationen Wohlfahrt“) kennen gelernt; sie konnten den Sinn dieser „Wohlfahrt“ aus den Gewehrmündungen der englischen Soldaten herauslesen. Die „weißen Dominions“ waren etwas glücklicher, obwohl im Grunde genommen das Problem dort gleich steht; aber sie hatten hinter ihren Forderungen nach „wachsender Selbstbestimmung“ die „brüderliche Rücksichtnahme“ des amerikanischen Imperialismus. Unter dessen Fittichen sind sie weitergeschritten auf dem Weg, der zu einem Bruch mit dem englischen Imperium führt. Die türkische Krisis rief den Zwischenfall von Chanak hervor, wobei die Dominions sich weigerten, sich der Reichsregierung zu fügen. Die Beziehungen verschlimmerten sich in Lausanne,

und in Locarno wurde die Reibung noch größer. Die Dominions treiben ab und entziehen sich der Kontrolle der Reichsregierung. Diese Zwischenfälle allein beweisen schon die Verschärfung der Lage, denn gerade am Vorabend der Konferenz verlangen die australischen Staaten das Recht, daß sie aus ihren eigenen Reihen ihre Gouverneure ernennen dürfen, Südamerika stellt die Forderung nach Unabhängigkeit schärfer, und die Kanadier führen den ernstesten Wahlschlag, der gegen die englische Kontrolle über Kanada seit vielen Jahren geführt worden ist. Und Irland betritt den Kampfplatz wieder mit der Forderung nach größerer Unabhängigkeit und nach einem Sitz im Völkerbundsrat.

Die Reichskonferenz kann gar nichts lösen. Gezwickt von den einander widersprechenden Interessen, kann sie nur als ein Barometer funktionieren, das den Grad des Zerfalles des englischen Weltreiches anzeigt. In jedem Punkt befinden sich die Interessen der Dominions und der Kolonien im Konflikt mit der englischen Außenpolitik, während ihre wirtschaftliche Entwicklung mit Hilfe von Englands Konkurrenten die Fundamente der englischen Industrie zerschlägt. England sucht einen „europäischen Pakt“ und seine Kolonien weigern sich, sich durch einen solchen Pakt binden zu lassen. England sucht ein neues Bündnis mit Japan zu schließen zur bewaffneten Durchdringung Chinas, aber kann es dafür als Preis die Preisgabe der Flottenbasis von Singapore bezahlen bei dem Widerstand der Kolonien, die Japan fürchten? England verliert an Boden gegenüber seinen gewaltigsten Konkurrenten, und Australien heißt die Flotte dieses Konkurrenten willkommen. Englands Schwierigkeiten werden mit jedem Tag größer, und die Reichskonferenz wird auch nicht eine derselben lösen können; sogar die Labour-Party hat heute Angst, an einer Konferenz teilzunehmen, die dem Reiche helfen soll, seine Schwierigkeiten zu überwinden.

Noch niemals hat sie die Hohlheit der Labour-Party und der Reformisten im allgemeinen so vollständig entlarvt, wie unter den gegenwärtigen Umständen. Nach der Reichskonferenz von 1923 dachten sie zu zeigen, daß sie das Reichsproblem, an dem ihre Meister gescheitert waren, lösen können, und sie schwatzten von „Einheit der Sprache“ und der Rassen, und das Reich sei eine Wohlfahrtswirtschaft, die nur der Vorläufer einer Weltwohlfahrtswirtschaft sei und also ein „Instrument des Sozialismus“. Drei kurze Jährchen sind rasch vorbeigegangen und ihre Hände sind besudelt vom Blut der Sklaven des Imperiums, und ihr Haus mit einem einigen und nur englisch sprechenden Volk ist zu einem Babel rasender Widersprüche geworden. Die englische Reichskonferenz von 1926 ist ein Markstein auf dem Weg des Niederganges, den das englische Weltreich schreitet bis zum völligen Zusammenbruch, vor dem weder der Imperialismus der Konservativen noch der der Labour-Party Rettung schaffen kann. Es ist Aufgabe unserer Parteien, diesen Prozeß den Arbeitern klar aufzudecken, und damit gleichzeitig die völlige Hoffnungslosigkeit der imperialistischen Labour-Politik, die den „Sozialismus“ zu verwirklichen sucht durch Stützung eines Imperiums, das kernfaul ist und reif zum Untergang.

CLARA ZETKIN:
 DAS MEMORANDUM DER DEUTSCHEN
 ULTRALINKEN ZUM KONFLIKT IN DER
 WKP*

Zur Grundfrage der russischen Revolution — über die Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung der USSR — erklärt das „Memorandum“ nicht unumwunden: in der Sowjetunion geht unter Führung der Kommunistischen Partei die Entwicklung der Wirtschaft konsequent in der Richtung zum Kapitalismus. Schielend, zweideutig nimmt es Stellung zu dieser Frage, mehr durch Andeutungen, aufgeworfene und offengelassene Fragen als durch das gerühmte „brutale Aussprechen dessen, was nach der Ansicht der Verfasser der tiefste und letzte Grund des politischen Streites in der WKP ist. Ueber diesen Auslassungen müßte füglich stehen: Ihr, die ihr für die Befreiung des Proletariats auf die Komintern gehofft, laßt alle Hoffnung fahren, es sei denn, daß es mit Hilfe linker Fraktionen der Opposition in der WKP gelingt, die revolutionsmüde „Stalin-Mehrheit“ niederzuzwingen.

Nach dem „Memorandum“ vertritt die Mehrheit „die von ihr auch als leninistisch ausgegebene Theorie, daß der Sozialismus in Rußland bis zu Ende in „nationaler Selbstbeschränkung“ aufgebaut werden könne, ohne daß die proletarische Revolution in den fortgeschrittenen Ländern diesen Sieg erst sicherzustellen braucht. Bei einer solchen Grundanschauung ist nicht damit zu rechnen, daß den liquidatorischen Tendenzen, die in allen Parteien der Komintern immer stärker werden, von der Mehrheit der WKP ein Damm entgegengesetzt werden kann, vielmehr stärken die Handlungen und insbesondere die Theorie der Mehrheit der WKP alle liquidatorischen Tendenzen in der Komintern.“

Der Inhalt dieser Sätze ist gelogen, wie gedruckt; wesentlich ist dabei, daß die Verfasser dem mit Material und theoretischer Wegweisung auszurüstenden Referenten nicht verraten, wie der in „nationaler Selbstbeschränkung bis zu Ende aufgebaute Sozialismus“ der „WKP-Mehrheit“ beschaffen sein wird.

Aus den Zeilen des „Memorandums“ und zwischen ihnen taucht so ein nur zu wohlbekanntes phantastisches Bild des „national-selbstbeschränkten“ Sozialismus in der Sowjetunion hervor. Es ist das Bild des demokratisch aufgeschminkten Kulakenreichs, das Werk der ehemals revolutionären WKP, die sich unter Führung Stalins und Bucharins gut bürgerlich durchgemausert hat bis zur „kleinbürgerlichen Reformpartei“, im Stile der rechten Sozialrevolutionäre. Jedoch die Verfasser des „Memorandums“ sind behutsame Falstaffs. „Vorsicht ist der Tapferkeit besserer Teil“. Was die Katz, Korsch, Frau Fischer im Chor mit führenden Linken und rechten Sozialdemokraten „brutal“ in die Welt brüllen, das lispeln und zischeln sie

* Fortsetzung und Schluß aus Heft 3 und 4 dieser Zeitschrift.

in Andeutungen, die Schlußfolgerungen in sich tragen. Die offen zur Schau gestellte Seelenverwandtschaft mit rechten „Politikern“ ist nicht ratsam, sie empfiehlt sich heute nicht einmal mehr bei „linken Elementen“.

Die Oppositionstheorie von der angeblichen „nationalen Selbstbeschränkung“ des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, der Fahnenflucht der WKP aus dem Heere des internationalen revolutionären Proletariats ist schlankweg eine infame Verdächtigung. Sie beschimpft die Partei, die ziel- und wegklar dem russischen Proletariat, dem Weltproletariat führend voranging und heute weiter führend vorangeht. Die Partei, die weder in den Stürmen der Revolutionskämpfe noch Auge in Auge mit den Problemen und Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus, inmitten einer Welt von Feinden, jemals in Theorie und Praxis die internationale proletarische Solidarität vergessen hat. Die Partei, die stets eingedenk geblieben ist der unzerreißbaren Bande, die die russische Revolution und den Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion mit dem revolutionären Kampf und Triumph der Ausgebeuteten in anderen Ländern verknüpfen. Die ultralinke „Theorie“ beschimpft die russischen Proletarier, die die internationale Solidarität opferreich bekundet haben und sie gerade gegenwärtig in der kraftvollen Unterstützung des Bergarbeiterstreiks in England bekunden, der Arbeiterklasse der ganzen Welt ein leuchtendes Beispiel. Und diese Proletarier, deren Wesen bis zur feinsten Faser von stärkstem Empfinden internationaler Solidarität durchglüht ist, würden es dulden, daß ihre führende Klassenpartei in „nationaler Selbstbeschränkung“ erstarrt und Komintern wie proletarische Weltrevolution einsargt? Ihr kleingläubigen Professoren ultralinken Weisheiten, weshalb seid ihr so furchtsam?

Die ultralinke Prophezeiung über die Parteientwicklung in der Sowjetunion hat als einzige Stütze eine angebliche Grundanschauung der Mehrheit, und diese Stütze ist eine Unterstellung. Das „Memorandum“ erklärt denn auch vorsichtig, die angezogene Grundanschauung werde „selbstverständlich nicht ausdrücklich zugegeben“, sondern bestritten, „mit lauten links sein sollenden Phrasen über den Pessimismus der Opposition schimpfend“. Welches ist die ängstlich geheim gehaltene Grundanschauung der Mehrheit? Sie „betrachtet die außerrussische Revolution als abgeschlossen, d. h. nimmt die Möglichkeit einer neuen Prosperitätsperiode des europäischen Kapitalismus in dieser oder jener Form (z. B. in einer von Amerika abhängigen Form) als wahrscheinlich und bevorstehend an und sucht daher Sowjetrußland isoliert aufzubauen, wobei den klügeren Führern dieser Richtung selbstverständlich klar sein muß, daß die „nationale Selbstbeschränkung“ nicht zu einem vollen Aufbau des Sozialismus führen wird“. In dieser Behauptung sind wieder einmal Schwindel und theoretische Konfusion eng miteinander verknäult. Die Bucharin, Stalin und ihre Richtungsfreunde bilden sich durchaus nicht ein, eine Revolution von der Tiefe und Bedeutung der proletarischen sozialistischen Revolution sei mit der Umwälzung in der Sowjetunion „abgeschlossen“ und lasse sich innerhalb der Grenzen eines Landes einsperren. So denken, heißt aus der Geschichte nichts gelernt zu haben, die unter anderem zeigt, daß eine bürgerliche Revolution, wie die große französische, über ganz Europa schritt und ungefähr ein Jahrhundert gebraucht hat, bis sie „abgeschlossen“ war. Und wengleich die Geschichte nicht mehr in der altväterlichen Postkutsche fährt, sondern

im Rennauto vorwärts stürmt, so kommt doch in Betracht, daß die proletarische Revolution ein viel tiefer und weiter reichender geschichtlicher Prozeß ist als eine bürgerliche Revolution. Die genügsame „nationale Selbstbeschränkung“ der proletarischen Revolution ist unmöglich. — Sie wird durch die immer engeren weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Verknüpfungen verwehrt.

Die Frage der proletarischen Weltrevolution konnte, wider Erwarten der Sozialdemokratie, in Rußland zuerst gestellt werden. Aber „abgeschlossen“ wird sie erst sein, wenn sie ihren Sturm Lauf durch die Länder vollendet und ihre Schöpferkraft international ausgelebt hat. Die Genossen „um Stalin“ haben von Engels gelernt, daß sie Geschichte machen können, wie sie sie machen müssen. Sie sehen und kennen die offen und versteckt laufenden Fäden, die die Sowjetunion mit der Weltwirtschaft und Weltpolitik verknüpfen. Sie haben sich nie einen Augenblick der Illusion hingegeben, auf dem Boden der ersten sozialistischen Rätestaaten sei ein endgültiger Sieg des Sozialismus möglich. Der Kurs der Politik des ZK der WKP ist ohne Wanken und Schwanken unverrückt der proletarischen Weltrevolution zugewandt, internationale revolutionäre Solidarität ist ihm oberstes Gesetz und bestimmt die Beziehungen zu den Proletariern in den nichtsovietistischen Staaten, zur Komintern und ihren sämtlichen Parteien.

Die Verfasser des „Memorandums“ phantasieren ohne dichterische Begabung, wenn sie den „linken Elementen“ vorplaudern, die Mehrheit der WKP stelle die Weltrevolution ins Antiquitätenkabinett, weil sie eine „Prosperitätsperiode des europäischen Kapitalismus für wahrscheinlich“ halten. Die Einstellung der WKP kennt keinen Konjunkturaberglauben — weder in optimistischer noch in pessimistischer Richtung. Gewiß! Sie würdigt nach voller Bedeutung den tiefeinschneidenden Einfluß, den Prosperitäts- und Krisenperioden des Kapitalismus auf das geschichtliche Leben auszuüben vermögen. Allein Krise wie Prosperität ist nur ein Faktor im Spiele der Geschichte. Vielgestaltige objektive wie subjektive Kräfte müssen zusammenwirken, damit die proletarische Revolution sich erhebt und mit gewaltiger Stimme ruft: „Ich bin“. Der imperialistische Weltkrieg, die siegreiche Revolution in Rußland, die kümmerlich verkrüppelte Revolution in Deutschland, die Nachkriegszeit erhärten es.

Die Auffassung ist unkommunistischer Pessimismus, Fatalismus, daß angesichts einer etwaigen neuen Periode einer gewissen relativen Stabilisierung des europäischen Kapitalismus der revolutionäre proletarische Klassenkampf sich unvermeidlich in ein friedliches Schäferspiel verwandeln müsse. Eine Stabilisierungsperiode vertieft die objektiven Gegensätze zwischen den Klassen und vermehrt international die Konfliktstoffe zwischen den Staaten. Sie trägt Krisen und Kriege in ihrem Schoß. In der gegebenen geschichtlichen Situation in gehäufter Maße und von rasch explodierbarer Art. Der Weltkapitalismus hat nicht mehr die Entwicklungsmöglichkeiten, die seinerzeit der englische Kapitalismus hatte. Eine Stabilisierungsperiode kann Bahnbrecherin der fortschreitenden proletarischen Weltrevolution sein, und sie muß es sein, wenn die Kommunistischen Parteien ihre historische Aufgabe vollbringen; keinen Waffenstillstand, keinen „Burgfrieden“, nie abrüsten, stets kämpfen, bis die große Entscheidungsschlacht siegreich geschlagen wird, — ist ihre Lösung.

Die Auswirkung der proletarischen Weltrevolution in höher entwickelten kapitalistischen Staaten auf die Sowjetunion dürfte freilich erheblich anders sein, als das „Memorandum“ es darstellt. In diesem ist die Weltrevolution bald der Prügeljunge, der sich einer Verspätung schuldig gemacht hat und allein die Schuld daran trägt, daß in der Sowjetunion noch die „Nep“ existiert, kapitalistische Kräfte und Ueberbleibsel sich regen, bald ist sie der Deus ex machina, der, „die Hände von Früchten und von Kränzen schwer, die Gaben des Olympos niederbringt“, auch die schwierigsten Probleme spielend löst. „Wie man's trifft.“ Kein Marxist wird bezweifeln, daß die proletarische Revolution in Ländern hoher kapitalistischer Entwicklungsstufe den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion ganz bedeutend erleichtern und beschleunigen wird. Die mitten im sozialistischen Aufbau stehende Sowjetunion ist zweifelsohne eine der Hauptstützen der fortschreitenden Weltrevolution und wird es auch noch in der Zukunft sein. Die proletarische Revolution ist nicht, wie die Reformisten träumen, demokratisch-parlamentarischer Abstimmungsakt, der den Staats- und Produktionsapparat der Bourgeoisie in die Hände der Arbeiterklasse legt. Proletarische Revolution besagt: bewaffneten Kampf um die Staatsmacht, Bürgerkrieg, Unordnung, Krieg mit kapitalistischen Nachbarstaaten, Störung der Beziehungen zum Weltmarkt usw. Das Land in Revolution kann zunächst der Sowjetunion keinen wirtschaftlichen Beistand gewähren. Umgekehrt, diese wird jenes nicht nur moralisch unterstützen, sondern auch mit allen nur möglichen materiellen Mitteln, ja auch mit dem Blute ihrer Werktätigen. Sie wird mit nichts sparen, um die Kraft der proletarischen Weltrevolution zu steigern. Von diesem harten Tatbestand abgesehen, ist auch die sieghaft fortschreitende proletarische Weltrevolution außerstande, das Wunder zu wirken: die soziale Struktur des riesigen Agrarreichs mit ihren vielgestaltigen Begleit- und Folgeerscheinungen fortzublasen und alle damit zusammenhängenden Probleme im Handumdrehen zu lösen, so wie der kräftige Morgenwind die Nachtnebel verscheucht.

Nebenbei, aber in diesem Zusammenhang, sei noch eine „Perle“ aus dem ultralinken Schatzkästlein des „Memorandums“ ans Licht gehoben. Um den „liquidatorischen“ Charakter der Krise in der WKP und der Komintern nachzuweisen, schiebt es den Mehrheitsführern die Vaterschaft der Theorie zu, „daß die Nep der direkte und einzig richtige Weg zum Siege des Sozialismus über alle nichtsozialistischen Wirtschaftsformen sei“.

Diese Theorie ist — es mag den Ultralinken unbequem sein — Lenins Theorie. Der Meister revolutionären Gedankens und revolutionärer Tat betrachtete die Nep nicht nur als eine bittere Notwendigkeit, um in Rußland die Bundesgenossenschaft von Proletariat und Bauernschaft zu sichern. Er würdigte die Nep vielmehr auch als den Weg, um die Millionen isolierter Bauernwirtschaften mit der zentralisierten Planwirtschaft des sozialistischen Staates zu verbinden und in sie einzugliedern. Heute durch den Markt und seinen Warenaustausch, aber mit dessen Ausschaltung in dem Maße, als auf der Grundlage der sich kraftvoll entwickelnden sozialistischen Staatsindustrie und der Genossenschaften, Kulturhebung, zielgerichtete wirtschaftliche und politische Aktionen des Sowjetstaats die bäuerlichen Kleinbetriebe in moderne, mit Maschinen genossenschaftlich arbeitende Großbetriebe umwandeln. Es greift dies in sich, daß die „Nep“ kein „national be-

schränkter“ russischer Uebergangstypus sein kann. Sie wird eine internationale Uebergangs-Wirtschaftsform in allen Ländern sein, wo die proletarische Weltrevolution eine erhebliche Zahl kleinbäuerlicher Wirtschaften antrifft, für deren sofortige Vergesellschaftung die objektiven und subjektiven Vorbedingungen noch nicht vorhanden sind. Es versteht sich, daß die „Nep“ in jedem solchen Lande in die Revolution jene Wesenszüge tragen wird, die durch das geschichtlich gegebene Milieu bedingt werden, wie ja auch die „Nep“ in der Sowjetunion ihre spezifischen „national bedingten“ Merkmale aufweist. So ist ebenso verständlich, daß unter bestimmten Umständen Maßregeln des „Kriegskommunismus“ unabweisbar werden. Die nüchterne Beurteilung der ganzen Gesamtheit der konkreten Verhältnisse bringt die Sowjetunion dazu, bewußt treibende Kraft der proletarischen Weltrevolution zu sein, sie mit Lehre und Tat, mit Beispiel und brüderlicher Hilfe zu unterstützen. Was die Verfasser des „Memorandums“ als „nationale Selbstbeschränkung“ verhöhnern und verketzern, ist die Erkenntnis internationaler und revolutionärer Pflicht, die Sowjetunion so rasch und so vollkommen wie nur möglich sozialistisch aufzubauen. Der sozialistische Aufbauwille der WKP beweist, daß sie nach wie vor Geist von Lenins Geist ist. Er gibt dem Wort des Meisters Leben und Gestalt, „daß die Aufgabe der siegreichen Revolution in der Durchführung des Maximums des in einem Lande Verwirklichbaren besteht, zur Entwicklung, Unterstützung und Erweckung der Revolution in allen Ländern“.

*

Das „Memorandum“ muß von dem Aufbäumen der Opposition in der WKP gegen die von der überwältigenden Mehrheit der Partei unterstützte Theorie und Praxis der „nationalen Selbstbeschränkung“ singen und sagen. Denn es bedarf dieses Gruselmärchens der „nationalen Selbstbeschränkung“, um die drohende Liquidation aller Kommunistischen Parteien und der Komintern plausibel zu machen, die die abschließende „Rechtsentwicklung“ der WKP ist, an die die „linken Elemente“ glauben und vor der sie sich fürchten sollen. Denn nichts Geringeres als diese Liquidation ist nach dem „Memorandum“ eines der Kampfobjekte zwischen Mehrheit und Minderheit in der WKP. Hören wir, was die ultralinke Broschüre gegen die „Fraktions“-Mehrheit außer der früher angeführten Stelle zu dem „objektiv“ geplanten Verbrechen weiter sagt. „Die Stalinsche Politik im internationalen Maßstab schiebt immer mehr formlose „Blocks“, „Flügel“, „Delegationen“ und ähnliche Gebilde in den Vordergrund, während die Kommunistischen Parteien in den Hintergrund geraten, zunächst ideologisch, woraus selbstverständlich organisatorische Folgen (Liquidation) sich ergeben müssen... Wenn die „national beschränkte“ Richtung unter irgendeiner theoretischen Verkleidung schmackhaft gemacht wird, so wird die Gefahr der Verwischung der Rolle der Kommunistischen Weltpartei ungeheuer groß, und es wird das Anwachsen der liquidatorischen Strömungen nicht abgedämmt werden können, erst recht nicht, wenn die Perspektive der Stalinschen Mehrheit richtig sein sollte... Wenn nun Rußland sich „national beschränkt“, sich voll zum Sozialismus entwickeln kann, so genügt es, daß die internationale Arbeiterbewegung Sowjetrußland vor imperialistischen kriegerischen Angriffen schützt, und diese Aufgabe können, vielleicht sogar am besten, zen-

tristische, pazifistische, breite, wenn auch nicht stoßkräftige Parteien, „Blocks“, „Flügel“, Gruppen usw. leisten.“

Andererseits rückt für die von der Block- und Flügeltheorie hypnotisierten Kommunistischen Parteien „die Machtfrage“ mehr und mehr in den Hintergrund. Warnendes Exempel ist die KPD, die nur noch ein Trümmerhaufen ist, seitdem die geniale Leitung der Fischer-Gruppe ihr Ende gefunden hat. Dann die Kommunistische Partei Frankreichs, die nicht mehr einen Pfifferling wert ist, weil sie sich von den Segnungen ultralinken Torheit zu erholen beginnt. Da sind vor allem die abschreckenden Lehren des Generalstreiks in England, der die Tiefe der grundsätzlichen und taktischen Gegensätze zwischen der überwältigenden Mehrheit und dem Oppositionsblock in der WKP mit blitzheller Schärfe beleuchtete. Der Generalstreik in England wird von den Ultralinken in Deutschland, in der Komintern zum hölzernen Schaukelpferd herabgewürdigt, auf dem sie auf- und niederwippend an der Seite der Opposition in der WKP zum Kampf gegen den Drachen der Stalin-Mehrheit ziehen.

Wodurch wird aber das „Memorandum“ bewogen, gegen die „Blocks“, „linken Flügel“ und Arbeiterdelegationen belfernde Bannflüche zu schleudern, über die unaufhaltsam nahende Verdrängung der Kommunistischen Parteien und die Auflösung der Komintern klagend zu stöhnen? Es ist die alte Verwerfung der Einheitsfronttaktik, es ist nach wie vor der glühende Haß der um jeden Preis Linkest-Sein-Wollenden gegen sie. Seit Lenin auf dem Dritten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale entschlossen den Kurs der proletarischen Weltpartei auf zähen Kampf um die Eroberung der Massen lenkte, geht der offene oder heuchlerisch verborgene Haß der Ultras aller Kommunistischen Parteien gegen die Einheitsfronttaktik durch die Geschichte der Komintern.

Die ultralinke Ablehnung der roten Einheitsfront würde die Kommunistischen Parteien von den Quellen revolutionärer Macht: von den proletarischen Massen trennen. Diese Art „glänzender Isolierung“ bedeutet Kapitulation nach rechts hin, Kapitulation vor den verräterischen reformistischen Führern, d. h. Kapitulation vor der Bourgeoisie, der man ein zersplittertes, kampfschwaches Proletariat preisgibt. Das „Memorandum“ kann sich für seine Verwünschung der „Blocks“, „linken Flügel“ und ähnlicher Gebilde nicht auf Genossen Sinowjew berufen. Als einer der Führenden in der WKP und als Vorsitzender der Kommunistischen Internationale hat er ihre Herauskrystallisierung eindringlich mit feurigen Worten begründet. Als ob „Blocks“, „linke Flügel“, Arbeiterdelegationen der Tod und nicht stärker pulsierendes Leben, Kraft- und Machtzuwachs für die Kommunistischen Parteien und ihre führende Weltorganisation wären?

Obendrein in einer Zeit, wo die Offensive der Weltbourgeoisie, wo der schmähliche reformistische Verrat nach durchgreifender Kampfaktion revolutionärer Parteien, um die Führung der Massen schreit! Gäbe es noch keine Kommunistische Parteien, sie müßten gegründet werden. Die „formlosen“ Linksgebilde proletarischer Massen können nur unter der Führung Kommunistischer Parteien Aktionskraft, das ist geschichtliche Existenzberechtigung erlangen. Die Bildung solcher Organisationen ist ein weiterer Antrieb zur Herauskrystallisierung ideologisch und organisatorisch einheitlicher, festgeschlossener Kommunistischer Parteien, weil nur solche Parteien

diese Organisationen zu leiten vermögen. Und für solche Kommunistischen Parteien ist die rote proletarische Einheitsfronttaktik Vorbereitung, Aufrüsten für die Eroberung der Staatsmacht, ein Vorwärts von Millionen zur Revolution.

*

Für Theorie und Praxis versucht das „Memorandum“ den Konflikt in der WKP zu einem Gaukelspiel auszunutzen, das aufziehende und abzuwehrende antileninistische Rechtsentwicklung vortäuscht. Tatsachen schlagen jedoch mit rücksichtsloser Faust das ultralinke Gaukelspiel nieder. Eine solche besonders anschauliche und lehrreiche Tatsache ist der Friedensschluß und Kampfbund zwischen der „neuen Opposition“ und Genossen Trotzki. Sage und schreibe mit dem „Genossen Trotzki“, der doch von den Ultralinken in der Komintern als eine Art Antichrist des Leninismus betrachtet wurde. „Anathema sit!“ Die Redeströme sind kaum verdrauscht, die Bäche der Druckerschwärze kaum getrocknet, die für die Bekämpfung des „Menschewismus“ Trotzki entfesselt wurden. Genosse Trotzki hat seine Anschauungen über „Grundfragen der russischen Revolution“, „der Weltrevolution“ und die „unbolschewistische Auffassung über Demokratie und Parteidisziplin, Parteieinheit“ nicht revidiert und widerrufen. Welch eine Wendung unter der Losung: „Augen rechts, richt' Euch!“

Das „Memorandum“ drückt sich denn auch um dieses Ereignis etwas verlegen mit dem nichtssagenden Sätzchen herum: „Es handelt sich nicht, wie zu sehr durchsichtigen Zwecken behauptet wird, um einen Uebergang der alten Bolschewiki zu den Positionen des Trotzkiismus, sondern um einen Zusammenschluß gegen einen Kurs, den Kurs der Stalinschen Mehrheit, welchen diese oppositionellen Genossen für verhängnisvoll halten“. Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß Genosse Sinowjew eine unermüdlich treibende Kraft in dem nationalen und internationalen Feldzug gegen den Genossen Trotzki war. Arm in Arm mit diesem kämpft Genosse Sinowjew gegenwärtig für die unbolschewistischen Forderungen, die noch vor kurzem in seinen Augen Trotzki zum Parteiverderber und Parteizerstörer stempelten. Seite an Seite mit ihm marschiert er, obwohl er noch bis vor kurzem nicht bloß die Maßregelung Trotzki, vielmehr seinen Ausschluß aus der Partei durchsetzen wollte. Der Konflikt der Genossen Sinowjew und Kamenew mit der Partei und ihren Kurs begann erst zu keimen, als die Mehrheit des ZK in Würdigung der großen Verdienste und der Talente Trotzki sich schützend vor diesen stellte und seinen Ausschluß aus der Partei verhinderte. Genosse Sinowjew hat auf dem Plenum und sonst noch erklärt, sein Vorgehen gegen Trotzki sei einer seiner größten politischen Fehler seines Lebens gewesen. Nicht Trotzki ist im Büßerhemd vor dem Plenum erschienen, Genosse Sinowjew ist zu ihm nach Canossa gegangen.

Die Oppositionsgruppen, die sich zu einem von Genossen Sinowjew und Trotzki angeführten Block scharen, beschränken sich nicht auf die „Trotzkisten“. Sie stehen so weit nach rechts, daß das „Memorandum“ von ihnen recht schamhaft als von „anderen früheren oppositionellen Gruppierungen“ spricht. In erster Linie kommen die Ueberreste der alten sogenannten „Arbeiteropposition“ in Betracht, die seiner Zeit von dem Genossen Schljapnikow geführt wurde. Ihr Prophet und Häuptling ist heute Medwedjew. In

einem Brief an die Parteiorganisation zu Baku stellte er unter anderem folgende programmatischen Ziele auf: Uebergabe der Industrie auf Konzessionswege an die Auslandskapitalisten, d. h. Auslieferung der Sowjetindustrie an sie; Auflösung der Profintern und Komintern, Rückkehr in die Hürden der Zweiten Internationale; Reformierung der Partei und des Staates im Sinne der bürgerlichen Demokratie. Der Vorsitzende der Kommunistischen Internationale ist vom Politbüro der WKP mehrmals vergeblich aufgefordert worden, sich gegen dieses rechte Liquidatorentum zu wenden. Er unterließ das und begründete das auf dem Plenum des ZK und der ZKK mit diesen Worten: „Da ihr das Feuer nach links richtet, so hielt ich es für unangebracht, den linken Genossen Medwedjew anzugreifen.“ Der Kampf gegen den Kurs der Partei nahm ihm die Feder aus der Hand.

Der Fraktionshaß gegen „Bucharin und seine roten Professoren“, gegen die „Stalin-Mehrheit“ hält Trotzisten, Sinowjew-Anhänger und Liquidatoren von der Art Medwedjews, d. h. die Verfechter gegensätzlichster Auffassungen brüderlich zusammen und gibt der gegenwärtigen Opposition das gleiche „buntscheckige“ Gepräge, das das „Memorandum“ der Opposition um Trotzki (1923) nachsagt. Buntscheckigkeit und Prinzipienlosigkeit, dein Name ist Opposition! Jawohl, Prinzipienlosigkeit, die vor neuen sozialen Erscheinungen und den von ihnen gestellten neuen Problemen erschrocken und unsicher hin- und herschwankt. Ihre letzte Wurzel ist das Unvermögen, die Entwicklungswege des Sozialismus in dem besonderen eigenartigen historischen Lebenskreis der Sowjetunion ebenso wie den geschichtlichen Entwicklungsgang der außersowjetistischen Welt zu begreifen. Daher der Unglaube an die Kraft und Reife des Proletariats, in der Sowjetunion seinen Bundesgenossen, die Bauernschaft auf den Weg der sozialistischen Entwicklung zu bringen. Dieser Unglaube führt zur Verneinung der Möglichkeit, mittels der proletarischen Diktatur in der Sowjetunion die Gesellschaft zum Sozialismus umzuwälzen. Der „Kulakenstaat“ erscheint der geängstigsten Phantasie als unabwendbares Verhängnis. Am Ende der oppositionellen Gedankengänge grinst so mit triumphierendem Hohnlächeln die menschewistische, die reformistische Theorie, daß die Oktoberrevolution eine Frühgeburt war und eine Mißgeburt in die Welt gesetzt habe. Die Oppositionellen in der WKP sind bereits bis nahe an die Grenze gelangt, wo der Bolschewismus aufhört und der Menschewismus beginnt. Ideologisch durch ihre Einstellung zu den wirtschaftlichen und politischen Fragen und Aufgaben des sozialistischen Aufbaues, organisatorisch durch ihre Fraktionsbildung, Fraktionswühlerei und Spaltungsarbeit. Wie immer sie sich entscheiden werden — die einen bewußt treibend, die anderen „objektiv“ getrieben —: die WKP, die von Lenin geschaffene, von seinem Geist belebte Partei wird auf dem Wege des Bolschewismus weiter vorwärts marschieren.

Als Beispiel sei eine Forderung der oppositionellen Kreise in der WKP herausgegriffen: die Mittel zur Lohnerhöhung durch Steigerung der Engrospreise für Industrierzeugnisse zu beschaffen. Diese Maßnahme würde natürlich automatisch auch zu einer Erhöhung der Kleinhandelspreise führen. Wahrscheinlich sollen die „fetten Bauern“ zahlen.

Das „Memorandum“ hütet sich, die Konsequenzen der Theorie und Praxis der Opposition in der WKP auch nur auszudenken. Denn diese Konsequenzen könnten die aufgerufenen „linken Elemente“ stutzig machen. Sie

dürfen nicht sehen, wohin die Reise des Hyperradikalismus geht. Darüber geben sich vielleicht die Verfasser des Heftchens selbst nicht Rechenschaft. Sie gleichen dem Sonntagsreiter, der, von einem ihm begegnenden Freund nach dem Ziel seines Rittes befragt, zur Antwort gibt: „Frage doch den Gaul.“ Der Gaul der Phraseologie trägt die Ultralinken vorwärts, bald in dieser, bald in jener Richtung, bis er sie schließlich in dem bürgerlichen Stall absetzt. Das „Memorandum“ nennt die Krise in der WKP auch eine Krise in der Komintern. Selbst wenn dem so ist, so ist die Krise hier wie dort ein Gesundungsprozeß. In der WKP dient er der Erhaltung und Befestigung der machtvollen politischen Klassenorganisation des Proletariats, der Führerin in den Schlachten der Revolution und beim Aufbau des Sozialismus. In den nationalen Sektionen der Komintern geht es in der Krise um das ideologische und organisatorische Wachstum der revolutionären proletarischen Massenparteien, die die nämliche Aufgabe siegreich zu lösen vermögen.

Das „Memorandum“ trägt nicht zur Bolschewisierung der Kommunistischen Parteien bei. Im Gegenteil, es hindert sie, indem es den Konflikt in der WKP schief, ja gefälscht darstellt und falsch beleuchtet. Es wäre unrichtig und ungerecht, für das „Memorandum“ die Proletarier verantwortlich zu machen, die in revolutionärem, ungeklärtem Ungestüm zur „Weddinger Opposition“ und zur „Urbahns-Gruppe“ gehören. Verantwortlich dafür sind jene, die sich und den Arbeitern einreden möchten, sie seien Führer, wenn sie die ultralinke Maultrommel recht lärmend ertönen lassen. Es ist mithin nicht furchtsame Gespensterseherei, wenn man in dem „Memorandum“ die Geister der ausgeschlossenen Katz-Korsch-Fischer und anderer ultralinken „Größen“ herumspuken sieht. Kennzeichnend dafür ist, daß Katz im „Memorandum“ nur nebenbei einen leichten Nasenstüber erhält. Eine Abgrenzung von Frau Fischer und den Herren Korsch und Maslow hat das „Memorandum“ unterlassen, obgleich sich doch auch diese Trinität zur Freude des „Vorwärts“ und der Bürgerlichen in breitester Öffentlichkeit mit der „russischen Frage“ beschäftigt. Ueberdies: von den engen persönlichen und auch organisierten Verbindungen von Fischer und Maslow mit der „Weddinger Opposition“ und der „Urbahns-Gruppe“ pfeifen die Spatzen auf den Dächern.

Das „Memorandum“ charakterisiert und richtet sich selbst. Es ist eine Sammlung „linker“ Phrasen und „rechter“, reformistischer, bürgerlicher Gedanken. Es wollte ein Schlager sein, und es ist nur ein Bluff, obendrein ein Bluff ordinärster Art. Gemessen an der Bedeutung der Dinge, um die es geht, ist es jedoch noch Schlimmeres. Ein Attentat gegen die Erstarkung und Bolschewisierung der KPD, gegen den Klärungs- und Reifeprozess in den Kominternsektionen, ein feig-tückischer Ueberfall auf die WKP und mit dem allen eine unverzeihliche Sünde wider das Proletariat, die wahrhaft „linken Elemente“ insbesondere. Diese Veröffentlichung gehört auf den Kehrichthaufen. Sie dorthin zu fegen, ist Ehrenpflicht der „linken Elemente“, der revolutionären Proletarier.

S P.:

NEUE MOMENTE DER WELTWIRTSCHAFT- LICHEN ENTWICKLUNG

Die weltwirtschaftliche Lage in der ersten Hälfte 1926 und der englische Streik

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der englische Bergarbeiterstreik, der eine entscheidende Aenderung der ganzen Situation des Weltmarktes herbeigeführt hat, der wichtigste Faktor der Weltwirtschaft im zweiten Quartal 1926 ist. Bekanntlich hat der europäische Kapitalismus fast seit Beginn des Jahres 1925 an einer schweren industriellen Krise gelitten, die besonders in England und Deutschland scharfe Formen angenommen hat. Eine Ausnahme machten Frankreich und Belgien, zum Teil auch Italien, wo infolge der dauernden Inflation eine sogenannte „Scheinkonjunktur“ zu beobachten war, d. h. ein „Ausverkauf“ der materiellen Güter und der Arbeitskraft unter ihrem Weltwert und eine Verwandlung des Geldkapitals in Warenkapital, oft auch eine Verwandlung des Umsatzkapitals in Grundkapital, um es vor Entwertung zu retten. Diese Jagd nach realen Werten führte zu einer vorübergehenden Belebung des Innenmarkts, der „Ausverkauf“ stimuliert aber den Export. Im Allgemeinen jedoch war die Lage der Weltwirtschaft vom Jahre 1925 ab eine außerordentlich schwere.

Das Berliner Konjunkturinstitut „Vierteljahreshefte für Konjunkturforschung“ leitet seine Charakteristik der Weltwirtschaft für das erste Quartal 1926 mit folgenden Worten ein:

„Im ersten Quartal 1926 litt die europäische Wirtschaft unter der im Jahre 1925 begonnenen Depression. Obwohl dieser Zustand — schreibt diese Zeitschrift weiter — Ende des Winters 1925/26 noch nicht überwunden war, ist trotzdem von Wichtigkeit, daß mit geringen Ausnahmen eine weitere Verschlechterung der Situation nicht eingetreten ist. . . . Im Allgemeinen weist die Wirtschaftslage Europas im ersten Quartal 1926 typische Anzeichen eines Tiefstandes der Depression auf: Stillstand in der Bewegung der Warenpreise neben einer allgemeinen fallenden Tendenz, Stillstand im Konsum und in der Produktion, Geldüberfluß auf dem Markt, Belebung auf dem Wertpapiermarkt. . . .“

„In Italien und in der Tschechoslowakei ist eine Verschlechterung der Lage eingetreten, in England eine gewisse Besserung, in Deutschland und Oesterreich scheint der Tiefstand überwunden zu sein.“

Was die Vereinigten Staaten anbetrifft, so wurde deren allgemeine Lage von der Zeitschrift noch recht optimistisch beurteilt. Jedoch steht fest, daß nach den schweren Börsenerschütterungen, die die Vereinigten Staaten zu Beginn des Frühjahrs dieses Jahres erlitten haben, dort wiederum die allgemeine „saisonmäßige“, d. h. sich nach dem Kriege von Jahr zu Jahr wiederholende Verschlechterung der Konjunktur, kurzweg Krise, eingesetzt hat.

So beginnt ab März die Stahlproduktion zu sinken, die Zahl der unausgeführten Bestellungen des Stahltrusts geht zurück, der Preisindex weist eine

fallende Tendenz auf, der Zustrom der Mittel auf dem Geldmarkt steigt, — kurz, wir sehen deutliche Anzeichen einer Konjunkturverschlechterung. Wenn die Vereinigten Staaten trotzdem in diesem Jahre einer Krise entgangen sind, so haben sie es hauptsächlich dem englischen Streik zu verdanken. In dem eben erschienenen zweiten Heft dieser Zeitschrift wird auch diese Tatsache hervorgehoben.

„Im Laufe der letzten Wochen — lesen wir auf Seite 64 der „Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung“, Heft 2 — häufen sich die Bestellungen an den Bergbau der Vereinigten Staaten. Der Grund dafür ist in der Hauptsache der englische Bergarbeiterstreik. Die großen Absatzmärkte der englischen Stahlindustrie, wie Holland, Spanien und Aegypten, haben ihre in England gemachten Bestellungen annulliert. Selbst englische Firmen geben ihre Herbstbestellungen an amerikanische Unternehmen. Ebenso zieht auch die amerikanische Kohlenindustrie Nutzen aus diesem Streik.“ ...

Natürlich ist dies nicht das einzige Moment, das die Konjunktur der amerikanischen Volkswirtschaft bestimmt. Die Lage der Landwirtschaft hat sich im Laufe des letzten Jahres gehoben. Nach den Berechnungen des landwirtschaftlichen Departments (Press-Service, 4. August 1926) betrug der Rohertrag der Landwirtschaft im Jahre 1925/26 12,41 Milliarden oder 410 Millionen Dollar mehr als im Vorjahre. Die Ausgaben der Landwirtschaft zur Erwerbung von Erzeugnissen der städtischen Industrie weisen aber keine wesentliche Erhöhung auf: 6,812 Millionen Dollar statt 6,780 Millionen. Von weit größerer Bedeutung ist die fortdauernd hohe Konjunktur in der Bauindustrie, die in diesem Jahre einen neuen Rekord aufgestellt hat (eine Steigerung von 25 Prozent im Vergleich zum Vorjahre) und in der, nebst ihren Nebenzweigen, bekanntlich ein Fünftel sämtlicher Arbeitskräfte des Landes beschäftigt sind.

Wie dem auch sei, es ist trotzdem der englische Streik, der der wichtigste stimulierende Faktor für die Entwicklung der Eisenindustrie gewesen ist. Vor seinem Ausbruch wurde in der amerikanischen Schwerindustrie mit großer Bestimmtheit mit dem Eintritt einer neuen Krise gerechnet.

In noch höherem Maße wurde die Lage in den europäischen Ländern von diesem Streik beeinflusst. Die bereits von uns erwähnte Zeitschrift charakterisiert die Situation im zweiten Quartal 1926 als zweites Depressionsstadium, d. h. als unmittelbar vor einem Aufschwung der Konjunktur stehend. Ebenso sind auch in Polen einige Anzeichen für eine Besserung der Lage zu verzeichnen, im Gegensatz zu Italien, Norwegen und Dänemark, wo sich bislang noch keine Besserung bemerkbar macht. In der Tschechoslowakei ist die Konjunktur noch mehr gesunken.

Doch diese, für das zweite Quartal im Allgemeinen richtige Charakteristik trifft für die letzten Monate nicht mehr zu. Je länger der Streik dauert, desto größer sind seine Auswirkungen nicht nur auf die englische Volkswirtschaft, sondern auch auf die Weltwirtschaft. Die nachkriegszeitliche Industriekrise ist das Resultat einer Ueberindustrialisierung, eines zu stark entwickelten Produktionsapparates. Sowie nun ein bedeutender Teil dieses Apparates stillgelegt wurde, kamen die Betriebe anderer Länder in die Lage, ihre Belastung zu erhöhen, ihren Produktionsrahmen zu erweitern und anstelle ihres Konkurrenten zu treten. Das war der Fall mit dem englischen Streik. Durch ihn wurde nicht nur die Kohlenindustrie, sondern auch die Eisenindustrie Englands stillgelegt, und der Weltmarkt fühlte eine bedeutende Erleichterung. Dies kam in der Preisbewegung zum Ausdruck

und in noch höherem Maße in der veränderten Lage einzelner Länder auf dem Weltmarkt.

Die „Frankfurter Zeitung“ vom 21. August bringt eine Uebersicht über die Auswirkungen des englischen Streiks auf die englische und die Weltwirtschaft. Wir entnehmen daraus folgende Zahlen:

Die englische Kohlenausfuhr ist in den Monaten Mai bis Juli fast gleich Null (nur 1,49 Millionen Tonnen in diesem Jahre im Vergleich zu 12,83 Millionen Tonnen für dieselben Monate des Jahres 1925). Andererseits hat aber England 2,95 Millionen Tonnen eingeführt, so daß die Kohlenhandelsbilanz des Landes in diesem Jahr mit 3,68 Millionen Pfund Sterling passiv ist, während sie im vorigen Jahre mit 13 Millionen Pfund Sterling aktiv war. Polen hat seine Kohlenausfuhr von monatlich 0,62 Millionen Tonnen im ersten Quartal 1926 auf 1,75 Millionen Tonnen im Juli gesteigert. Dank diesem Umstand hat sich der Kurs des polnischen Zloty etwas gebessert. Weiter: Da die Kohlenausfuhr aus England ein Viertel der gesamten Weltausfuhr und die Hälfte der europäischen Ausfuhr bildete, so ist es klar, daß sich den Konkurrenten Englands große freie Märkte geöffnet haben. So exportierte Deutschland im Juli 1926 bereits 3,64 Millionen Tonnen, während seine Kohlenausfuhr im ganzen ersten Quartal dieses Jahres nur 1,09 Millionen Tonnen betragen hat. Die deutschen Nord- und Ostgebiete, die bisher englische Kohle bezogen haben, werden jetzt von Deutschland selbst versorgt. Deutschlands Kohleneinfuhr betrug im ersten Quartal 400 000 Tonnen monatlich, im Juli 120 000 Tonnen. Dabei aber befolgt das deutsche Kohlsyndikat eine Taktik, die nicht auf Ausnutzung der Situation für Preiserhöhungen abzielt, sondern auf Eroberung neuer Märkte durch Abschluß langfristiger Lieferungsverträge. Ebenso geht das Kohlsyndikat einer Produktionserweiterung möglichst aus dem Wege und zieht es vor, aus seinen Vorräten zu schöpfen, wodurch ihm die Möglichkeit gegeben wird, das erreichte Niveau auf längere Zeit hinaus festzuhalten.

Das gleiche läßt sich auch über die Eisenindustrie sagen, die aus der gegenwärtigen Situation große Vorteile zieht. Die Gußeisenausschmelzung ist in Deutschland im Monat Juli um 7 Prozent gestiegen. Die Eisenausfuhr weist eine bedeutende Steigerung auf, ebenso auch die Ausfuhr von Halbfabrikaten, Eisenbahnmaterial, Dickblech usw.

Läßt sich somit in den europäischen Ländern eine Abschwächung der Industriekrise konstatieren, so ist dies fast ausschließlich dem englischen Streik zu verdanken. Jedoch auch der weitere Zustrom amerikanischer und anderer Kredite spielt hier eine nicht unbedeutende Rolle. So betrugen die neuen Kredite Deutschlands (Deutsche Bank, Wirtschaftliche Mitteilungen, 1926, Heft 8):

	Monatsdurchschnitt 1925	Januar	Februar	März (in Millionen Mark)	April	Mai	Juni	Juli
Ausländische Kredite	108	179,8	124,9	82,5	108,0	144,2	248,4	137,4
Zahlungen lt. Dawesplan	85	90,4	84,4	86,5	132,6	88,0	93,7	93,0

Die ausländischen Kredite überwogen somit die Zahlungen. Viele sind jedoch der Meinung, daß durch die neuen Kredite in der Hauptsache alte Verpflichtungen gedeckt, kurzfristige Schulden konsolidiert wurden. Aus den deutschen Handelsstatistiken ist nämlich nicht zu ersehen, daß Deutsch-

land neue Kredite erhalten hat, da bis Juli die Einfuhr nicht steigt und geringer ist als die Ausfuhr.

Wie dem auch sei, die Presse betont einmütig den Einfluß, den der englische Streik auf die Hebung der Konjunktur ausgeübt hat, und legt sich bereits sorgenvoll die Frage vor, was geschehen wird, wenn der Streik zu Ende ist.

Es ist nicht zu vergessen, daß (nach den Berechnungen des Konjunkturinstituts) in Deutschland rund 4 Millionen Erwerbslose gezählt werden, darunter 2 Millionen vollständig Erwerbslose. Und diese im Sommer, während der Erntezeit!

Daß die deutsche Wirtschaft die Krise noch nicht vollständig überwunden hat, davon zeugt nicht allein Duisberg, der eben von seiner Reise durch Amerika, Japan und eine Reihe anderer Länder zurückgekehrt ist und der auf der Dresdener Tagung des Verbandes Deutscher Industrieller die Lage der deutschen Volkswirtschaft schwarz in schwarz gemalt hat. Von größerer Bedeutung ist die von der Zeitschrift „Wirtschaftsdienst“ am 3. September 1926 ausgesprochene Ansicht, die Stagnation in der deutschen Industrie sei noch bei weitem nicht überwunden. Die Zeitschrift verweist auch darauf, daß die Zahl der ausgestellten Wechsel im Juli dieses Jahres nur 2,796 Millionen beträgt, gegen 4,046 Millionen im Juli vorigen Jahres. Interessant ist auch der Hinweis darauf, daß von den neuen inneren Anleihen im Werte von 1 075 Millionen, die in den ersten sechs Monaten dieses Jahres zu Produktionszwecken ausgegeben wurden, nur 20,5 Millionen von privaten Unternehmern zu Produktionszwecken ausgenutzt wurden und daß die Zahl der neuerrichteten Industrieanlagen zurückgegangen, die Zahl der Wohnbauten dagegen gestiegen ist usw. Dies alles spricht dafür, daß die Industrie sich immer noch im Depressionsstadium befindet. Dies ist aber auch u. a. ein Beweis dafür, daß der „Rationalisierungsprozeß“ in Deutschland nicht Hand in Hand geht mit der Errichtung neuer Betriebe, mit maschineller Neueinrichtung alter Anlagen usw. Sonst wäre die von Privatbetrieben produktiv angelegte Kapitalsumme zweifellos gestiegen. Ohne Geld sind keine neuen Maschinen zu haben.

Interessant in dieser Beziehung ist auch die Statistik über die Anwendung von Maschinen im Kohlenbergbau des Ruhrgebietes.

In der ganzen deutschen Presse war eine Notiz über die Anwendung von Maschinen im Kohlenbergbau zu lesen, die die wachsende Mechanisierung der Produktion nachzuweisen bestimmt war. Obwohl weder die Quellen der darin enthaltenen Angaben noch die Art ihres Zustandekommens bekannt war, beeilten sich einige Blätter (der „Vorwärts“ und andere), daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, daß die Rationalisierung Aenderungen der Produktionstechnik, ihre Mechanisierung bedeute.

In Wirklichkeit werden aber in der erwähnten Statistik Zahlen aus den Jahren 1914 und 1925 verglichen, zwischen denen 12 Jahre liegen, in deren Verlauf die deutsche Industrie den Krieg, einen akuten Mangel an Arbeitskräften durchgemacht hat, ferner die Inflationszeit, als alle bestrebt waren, ihre Geldmittel in realen Werten unterzubringen, endlich den Ruhrkrieg, als die Betriebe in Milliarden schwelgten und tatsächlich ihren Produktionsapparat bedeutend erweitert haben. Daher hat die „Frankfurter Zeitung“ (vom 11. August) vollkommen recht, wenn sie sagt, daß eine solche Gegen-

überstellung von 1914 und 1925 keinen Zweck hat, wenn es heute sich um Klarstellung der Einwirkung der „Rationalisierung“ während der Nachkriegszeit handelt. Um den Einfluß dieser letzteren klarzulegen, vergleicht die Zeitung die Angaben dieser Tabelle mit der Statistik der Kohlenbarone, genauer gesprochen, des Dr. Jüngst, über die Zahl der Maschinen in der Kohlenindustrie im Jahre 1925. Da stellt sich nun heraus, daß die Zahl der Maschinen nicht gestiegen, sondern im Gegenteil zurückgegangen ist, was aus Folgendem ersichtlich ist:

	April 1914	1924	31. 12. 1925
Drehbohrmaschinen	48	2 427	2 260
Bohrhämmer	13 783	43 472	31 516
Abbauhämmer	545	15 500	35 666
Schrämmaschinen	270	715	748
Schüttelrutschmotoren	2 135	6 301	6 195

Somit ist ein besonderer Fortschritt der Mechanisierung der Produktion nicht zu bemerken. Die Intensität und die Produktivität der Arbeit ist jedoch seit Januar 1924 bis Mai 1926 um fast 30 Prozent gestiegen. Dieser letztere Umstand ist es, der den deutschen Unternehmern die Möglichkeit gibt, ihre Ausfuhr zu steigern.

Die Konjunktur wurde noch von einem weiteren Moment beeinflußt, von dem Bestreben zur Bildung von internationalen und Landeskartellen. Dem Abschluß von Kartellverträgen geht nämlich zumeist ein starker Angriff auf die Märkte voraus, denn in den Kartellverträgen wird der Status quo niedergelegt, d. h. jedem Land oder jedem Unternehmen wird die von ihm eroberte Stellung sichergestellt. Es ist daher ganz verständlich, daß mit den beginnenden Verhandlungen über Kartellbildung jedermann bestrebt ist, möglichst viel an sich zu reißen, und alles daran setzt, unbestimmte Märkte zu erobern, um sie nachher auch zu behalten.

Nach dieser Richtung hin ist die Lage Englands gegenwärtig eine äußerst ungünstige. Es hat seinen Konkurrenten weichen müssen, und ist jetzt außerstande, sich an der Aufteilung der Welt und auch an dem eben zustandegekommenen Eisenkartell zu beteiligen. Andererseits stehen aber auch die Vereinigten Staaten vorläufig abseits, da sie, wie die „Deutsche Bergwerkszeitung“ (Organ der deutschen Schwerindustrie) am 8. April 1926 ganz richtig bemerkt, in Erwartung der Wirtschaftskrise nicht gebunden sein wollen und ihre europäischen Konkurrenten zu besiegen hoffen, um sich im Kartell die dominierende Stellung zu sichern.

So rüstete man sich von verschiedenen Seiten zu neuen Kartellen, was ein weiterer Antrieb für die diesjährige Entwicklung der Volkswirtschaft war. Doch ist es klar, daß dies Momente vorübergehender Bedeutung sind. Im großen und ganzen hat sich die weltwirtschaftliche Situation im Laufe dieses Halbjahres nicht stabilisiert, obwohl nicht geleugnet werden kann, daß das Kapital entschiedene und energische Maßnahmen ergreift, um den Nachen des Kapitalismus aus dem stürmischen Meere wirtschaftlicher Krisen und revolutionärer Erschütterungen in einen stillen Hafen zu lenken.

VIKTOR STERN:

WIE DER HERR, SO DER KNECHT

(Zu den Versuchen einer internationalen sozialdemokratischen Einheitsfront in der Tschechoslowakei)

Die verzweifelten Anstrengungen der Bourgeoisie in der Tschechoslowakei, auf Kosten der Arbeitenden die wirtschaftliche Lage zu verbessern und die Stabilisierung zu festigen, sind fehlgeschlagen. Selbst die staatstreue Presse erklärt, daß die Tschechoslowakei gegenwärtig die schwerste wirtschaftliche und politische Krise seit ihrem Bestehen durchmacht.

In dieser Lage ist das Verhalten der beiden entscheidenden sozialdemokratischen Parteien, der deutschen und der tschechischen, sehr bezeichnend. Wie der Schatten seinem Herrn, so folgt ihre Politik jeder Phase der Politik „ihrer“ Bourgeoisie. Die tschechische und die deutsche Bourgeoisie machen Miene, eine legale Ehe zu schließen, um besser gegen das Proletariat auftreten zu können, und in demselben Augenblick werfen auch die deutschen und tschechischen Sozialdemokraten die Frage auf, ob man sich nicht „verständigen“ könne, um mit der „geeinigten“ Bourgeoisie eine bessere Mauer gegen die Kommunisten bilden zu können. Die deutsche und tschechischen Kapitalisten kommen über verschiedene Eehindernisse nicht so schnell hinweg, und ganz ähnliche „Schwierigkeiten“ ergeben sich auch für die „internationale Verständigung“ der sozialdemokratischen Parteien. Dieser Parallelismus zeigt sich bis in die feinsten Nuancen. Die deutschen Bürgerlichen drängen sich förmlich in die Regierung. Sie zeigen Tag für Tag, wie billig sie zu haben sind. Aber die tschechische Bourgeoisie zögert und will allerhand Sicherheiten. Und ganz genau so sind auch bei den Verständigungsbedingungen zwischen den Sozialdemokraten die deutschen viel aufdringlicher, während die tschechischen Sozialdemokraten sehr vorsichtig und kühl auftreten.

In der deutschen Sozialdemokratie scheint es in dieser Hinsicht anfangs zwei Richtungen gegeben zu haben. Ein Teil der Führer riet zu einer gewissen Vorsicht, um sich nicht zu den vielen alten Körben einen neuen Korb zu holen. Andere waren mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die tschechische Sozialdemokratie aus der Koalition hinausgeflogen, also „frei“ war, für eine temperamentvollere, frisch-fröhliche Liebeswerbung. Beide Teile gaben aber deutlich genug zu verstehen, daß sie jederzeit zu einer „Verständigung“ bereit sind. Sie unterschieden sich nur dadurch, daß der eine Teil die Werbung mit Klagen über mangelnde Gegenliebe, der andere Teil aber mit Komplimenten („die tschechischen Genossen haben zur Klassenpolitik zurückgefunden“ usw.) aussichtsreicher zu machen suchte. Schließlich setzte sich voll und ganz die zweite, liebenswürdigere Politik durch. Auf der anderen Seite war man lange Zeit vollständig zurückhaltend, weil die tschechischen Sozialdemokraten fürchteten, sich durch eine „Verständigung“ mit den deutschen Sozialdemokraten eine spätere Rückkehr in die Regierung

zu sehr zu erschweren. Sie suchten nur das sich anbahnende Techtelmechtel mit den deutschen Sozialdemokraten auszunutzen, um auf die tschechischen bürgerlichen Parteien einen Druck auszuüben und auf diese Weise einige Konzessionen für eine etwaige reuige Rückkehr in die Koalition zu erhalten. Da die tschechische Bourgeoisie augenblicklich nicht in der Lage ist, auch nur Scheinkonzessionen zu gewähren, im Gegenteil, neue, noch ausgiebigere Rückzüge vorbereiten muß (z. B. die gesetzliche Einführung der Lohnsteuer, garniert durch den Raub des Soldatenwahlrechts, usw.), schlug diese Spekulation vollständig fehl, um so mehr, als die tschechische Bourgeoisie genau weiß, daß ihr die tschechischen Sozialdemokraten, wenn es sein muß, auch umsonst zu Hilfe geben und alles geben, was die Bourgeoisie zu ihrer Rettung braucht. Angesichts der Lage und Stimmung in der Arbeiterschaft, angesichts der erfolgreichen Einheitsfrontkampagne unserer Partei würde aber ein sofortiger Wiedereintritt in die Regierung unter solchen Bedingungen den Selbstmord der sozialdemokratischen Parteien bedeuten. Für die Stimmung in der Arbeiterschaft ist bezeichnend, daß sogar in der Presse der nationalsozialistischen Jugend ein Artikel erscheinen konnte, in welchem gesagt wird, daß die nationalsozialistische Jugend die Bereitschaft ihrer Partei, unter Umständen wieder in eine Koalition zu gehen, verurteilt, weil jede Koalition nichts anderes sei als eine Unterstützung der Diktatur der Bourgeoisie, gegen die es kein anderes Mittel gebe als die Einheitsfront und die Diktatur der Arbeitenden. Unter solchen Umständen machte die tschechische Sozialdemokratie aus der Not eine Tugend und faßte am 24. August einen Beschluß, in welchem erklärt wurde, daß sich die tschechische Sozialdemokratie „mit Rücksicht auf die geänderten Machtverhältnisse und nach den Erfahrungen des Frühjahrs „an keiner Regierungsmehrheit beteiligen wird“. Es scheint aber, als ob die reformistischen Führer die ganz und gar überflüssige Angst hatten, die tschechische Bourgeoisie oder irgend jemand könnte auf Grund dieses heroischen Entschlusses vermuten, daß die tschechische Sozialdemokratie nun eine revolutionärere oder auch nur eine ernst und konsequent oppositionelle Politik machen wolle, denn in demselben Beschluß wird gesagt, „die Partei wird die Bestrebung der Zollmehrheit, eine Regierung zu bilden, nicht vereiteln“, sie sei „jedoch“ bereit, mit aller Kraft beizutragen, daß ein „einvernehmliches Vorgehen aller Parteien und Kräfte, die Staat und Parlament anerkennen und die Ideen des kulturellen und sozialen Fortschritts annehmen“, gegen die reaktionäre Regierung geschaffen wird. Um zu verschleiern, daß der Austritt aus der Koalition mit der Bourgeoisie nicht den Entschluß bedeutet, gegen die reaktionären Pläne der Bourgeoisie zu kämpfen und die Einheitsfront der Ausgebeuteten zu ermöglichen, wird hier in nebelhafter Form der Gedanke eines linken Blocks der „Anhänger der wahren Demokratie“ aufgetischt. Man merkt, wie peinlich den tschechischen Reformisten die Tatsache ist, daß die Kommunisten vor den Arbeitern die Frage aufwerfen: was für eine Konsequenz wollt ihr tschechischen Sozialdemokraten aus der Tatsache ziehen, daß die Bourgeoisie so reaktionär vorgeht, daß sogar die sozialdemokratischen Führer erklären müssen, daß eine Koalition mit ihnen unmöglich ist, und aus der weiteren Tatsache, daß die Kapitalisten offen eine internationale Einheitsfront gegen die Arbeiter bilden. Durch die Idee dieses Blocks wollen die tschechischen

sozialdemokratischen Führer zugleich auch um die ebenfalls peinliche Frage herumkommen, warum sie jetzt, wo sie „Opposition“ sind, nicht wenigstens mit den deutschen Sozialdemokraten zusammengehen können. Da sie aber dieser Frage nicht ganz ausweichen konnten, so wird in dem Beschluß auch erklärt, daß die Fraktion der tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten beauftragt wird, mit der Fraktion der tschechischen Sozialisten (Nationalsozialisten, wie sie auf Grund ihres letzten Parteitages wieder heißen) „auf Grund eines vereinbarten Arbeitsprogramms freundschaftliche Beziehungen“ zu unterhalten und sich „von neuem“ um ein Zusammenarbeiten mit der Fraktion der deutschen Sozialdemokraten zu bemühen“. Das war alles. Man beachte wohl die vorsichtige Abstufung, mit der gesagt wird, daß tschechische Nationalsozialisten den tschechischen Sozialdemokraten doch viel näher stehen als deutsche Sozialdemokraten, daß sie als Kompagnon in erster Linie in Betracht kommen, und gleichzeitig die Formel, die vor den tschechischen Arbeitern den Eindruck erwecken soll, daß sich die tschechischen Sozialdemokraten schon immer bemüht hätten, mit den deutschen zusammenzuarbeiten, daß man aber mit diesen, weil sie zu wenig staatsfreundlich sind, nichts anfangen konnte.

Diese so überaus zarte Andeutung, daß die von der Bourgeoisie sitzengelassene tschechische Sozialdemokratie einen Tröster suche, und zwar in erster Linie bei den tschechischen Sozialisten und nur im Notfalle auch bei den deutschen Sozialdemokraten, genügte schon, um die deutsche sozialdemokratische Presse in einen Wonnetaumel zu versetzen. Ein Leitartikel jagte den anderen. Begeistert wurde festgestellt, daß die tschechischen Sozialdemokraten „auf gutem Wege“ seien, und die bösen Kommunisten, die „sofort in Wut geraten“, wenn „ein wertvolles Stück Einheitsfront verwirklicht werden soll“, bekamen ihr Teil. In den herrlichsten Farben wurde ausgemalt, wie diese Einheitsfront das vollständige Ende der Kommunisten bedeuten würde, auf deren Einheitsfrontphrasen niemand mehr hören würde, wenn die Sozialdemokraten zeigen, daß sie die Einheitsfront nicht mit dem Maule, sondern in Wirklichkeit herzustellen verstehen, und zwar die einzig mögliche Einheitsfront, nämlich die Einheitsfront derjenigen, die dasselbe wollen. Die Kommunisten hätten ganz andere Ziele als die Sozialdemokraten, und deshalb sei mit ihnen leider eine Einheitsfront vorläufig nicht möglich. Das sei aber kein Grund, nicht den Teil der Einheitsfront zu begrüßen, der jetzt schon möglich ist.

Aber der Blütenraum der deutschen Sozialdemokraten bleibt vorläufig doch noch bloße Wunschphantasie, obwohl die tschechischen Sozialdemokraten die edlen Absichten der deutschen Sozialdemokraten gegen die Kommunisten und Arbeiter vollständig billigen. Aber sie können eben noch nicht, und auf die begeisterte Zustimmung der deutschen Sozialdemokraten zur „Einigung“ und „Verständigung“ antwortet auf der tschechisch-sozialdemokratischen Seite ein eisiges Schweigen. Vergebens sucht man im „Pravo Lidu“ auch nur eine Zeile des Entgegenkommens. Von den Beratungen, die wie der „Sozialdemokrat“ jubelnd verkündet, schon in der nächsten Zeit stattfinden und aller Voraussicht nach zu positiven Ergebnissen führen werden, hört man kein Sterbenswörtchen mehr. Das einzige war die Fortführung der unter Amsterdamer Druck eingeleiteten Scheineinigungsaktion der deutschen und tschechischen reformistischen Gewerkschaften durch

einen neuerlichen lendenlahmen Beschluß, einen zu nichts verpflichtenden gemeinsamen Ueberbau herbeizuführen. Aber von der politischen Einigung hört man, wie gesagt, nichts mehr. Vor wenigen Tagen hat der tschechische sozialdemokratische Führer Dr. Meißner eine große Rede gehalten, in der er die Stellung seiner Partei zur politischen Lage und zur Regierungsbildung auseinandersetzt, und in dieser großen Rede ist kein Sterbenswörtchen über die deutschen Sozialdemokraten enthalten, und diese auffallende Tatsache erwähnt der „Sozialdemokrat“ bei der Besprechung dieser Rede mit keinem Worte. Er schweigt trotz der ungeheuren Blamage, die das angesichts der früheren Leitartikelphrasen bedeutet. Dafür gibt es nur eine Erklärung: die volle Einigung zwischen tschechischer und deutscher Bourgeoisie geht nicht so rasch vonstatten, wie es die deutsche Bourgeoisie so gern möchte, und deshalb ist auch die „Verständigung“ zwischen den deutschen und tschechischen Sozialdemokraten nicht so rasch möglich, wie es die deutschen Sozialdemokraten wünschten, um uns Kommunisten und unseren „Einheitsfrontschwindel“ ein für alle mal zu „erledigen“.

Der Beschluß der tschechischen Sozialdemokraten, in keine Regierungsmehrheit einzutreten, schien die tschechische Bourgeoisie zu zwingen, ihr Schwanken aufzugeben und den Weg der Bildung einer bürgerlichen internationalen Regierungsbildung zu gehen. Aber ein Teil der tschechischen Bourgeoisie bangt noch immer ein wenig vor diesem Wege. Er fürchtet natürlich nicht die so leicht zu kaufenden deutschen bürgerlichen Führer, aber er fürchtet den Druck der betrogenen Massen, die heute noch hinter diesen Führern stehen. Und so bereit die tschechischen sozialdemokratischen Führer waren, „die Bildung einer Regierung der Zollmehrheit nicht zu vereiteln“, weil sie ja doch „eine Etappe zum nationalen Frieden sei“ und „normale parlamentarische Verhältnisse schaffe“ („Pravo Lidu“), so bereit sind sie auch, ihren Mann zu stellen, wenn die Bourgeoisie es doch anders beschließt. Die frühere Erklärung, daß sie sich an keiner Regierungsmehrheit beteiligen wolle, klingt ihr heute schon zu bestimmt, und deshalb erklärte Dr. Meißner in seiner großen Rede, daß dieser Beschluß nicht bedeutet, daß sich die tschechische Sozialdemokratie auf ewig binde. Die neue Mehrheit könne nicht lange dauern. Die deutschen Parteien, die jetzt noch bescheiden sind, würden später unter dem Druck ihrer Mitglieder größere Forderungen stellen, und man werde die Sozialdemokraten wieder brauchen. „M a n k a n n,“ sagte Dr. Meißner, „n i c h t g e g e n u n s , i c h m ö c h t e s a g e n , m a n k a n n a u c h n i c h t o h n e u n s r e g i e r e n.“ Das ist deutlich genug. Dann lobte Dr. Meißner die Rede des deutschen Industriellen Silverberg und stellte sein Auftreten der tschechischen Bourgeoisie als nachahmenswertes Beispiel hin. Schließlich rückte er mit den Fragen heraus, die „bei künftigen Verhandlungen über die Regierungsbildung geklärt sein müssen“, also offenbar mit den „Bedingungen“ für den Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung. Diese Bedingungen sind mehr als zahm. Erstens: Masaryk muß Präsident werden. Von dieser Bedingung sagt Meißner selbst, daß sie schon so gut wie erfüllt sei. Zweitens: Sicherung der Demokratie. Die Partei, die will, daß die Sozialdemokraten in die Regierung eintreten, müsse auf den Faschismus verzichten. Das zielt auf die Nationaldemokraten, die sich ja am stärksten bemühen, die alte Koalition wieder

herzustellen, und deren Führung kurz nach dieser Rede einen Beschluß faßte, in dem erklärt wird, der Faschismus sei eine zu begrüßende Bewegung, die zur Gesundung des öffentlichen Lebens viel beitrage; aber Angehörige der nationaldemokratischen Partei, die dieser Bewegung angehören, müßten trotzdem treue Demokraten bleiben. Darauf erklärte das „Pravo Lidu“, man sehe, daß die Rede Dr. Meißners nicht ohne Wirkung geblieben sei. Das Blatt scheint also auch die zweite Bedingung Dr. Meißners schon erfüllt zu haben. Die dritte Bedingung war, daß das Militär nicht für die Diktaturgelüste von Generalen mißbraucht werden dürfe. Das war alles. Berücksichtigt man, wie leicht diese „Bedingungen“ durch ein paar Phrasen „erfüllt“ werden können, dann versteht man, warum die tschechischen Sozialdemokraten so wenig von der „Einheitsfront“ mit den deutschen Sozialdemokraten sprechen. Allerdings wird auch seit längerer Zeit auf beiden Seiten nichts dagegen gesagt, man schweigt vorläufig, man kann ja nicht wissen, was noch kommt.

So schmachlich auch nach alledem diese ersten „schönen Ansätze“ zu einer „Einheitsfront“ der sozialdemokratischen Parteien im Sande verlaufen sind, so wichtig ist es doch, daß wir den Tendenzen, die hier etwas verfrüht und von voreiligen Triumphgesängen der deutschen Sozialdemokratie begleitet zum Ausdruck kamen, größte Aufmerksamkeit schenken. Eine wirklich ernste und dauernde Einheitsfront zwischen den deutschen und tschechischen Sozialdemokraten ist nicht möglich, weil beide Teile Nationalchauvinisten sind und weil die Gegensätze zwischen ihren Bourgeoisien durch kein gemeinsames Vorgehen gegen das Proletariat aus der Welt geschafft werden könnten. Aber wenn es zur Bildung einer deutsch-tschechischen bürgerlichen Regierungsmehrheit kommt, dann kann auch ein vorübergehender Block zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien möglich werden, weil das Proletariat schon jetzt angesichts der bürgerlichen Einheitsfront unwiderstehlich zur Aufrichtung der proletarischen Einheitsfront drängt und das dann noch viel stärker der Fall wäre. Dem sucht die deutsche Sozialdemokratie schon jetzt den Gedanken der „Einheitsfront im Ausmaße des Möglichen“, die tschechische Sozialdemokratie den Gedanken des linken Blocks der „Einheitsfront aller anständigen Demokraten“ entgegenzustellen, also Formeln, die von vornherein die kommunistischen und anderen revolutionären Arbeiter ausschließen. Wenn es zu der neuen Regierungsbildung wirklich kommt, dann wird die gemeinsame Furcht, durch den Willen der Massen zum einheitlichen Kampf hinweggefegt zu werden, sehr viel dazu beitragen, deutsche und tschechische reformistische Führer einander näher zu bringen, zumal ihnen die gelegentliche Einheitsfront gegen die Kommunisten und Arbeiter z. B. bei allen Wirtschaftskämpfen und bei der Sabotage jedes ernstesten Kampfes gegen die Regierung nichts Neues und Ungewohntes ist. Auch der Umstand spielt eine große Rolle, daß die Furcht, gegenüber den bürgerlichen Parteien als schlechtere Nationalisten zu erscheinen, wegfällt. Gerade jetzt, wo sich so klar gezeigt hat, daß sich die Reformisten nicht „verständigen“ können, solange es ihnen die Bourgeoisie nicht erlaubt, ist die beste Gelegenheit für uns, die Massen schon rechtzeitig über den ganzen Schwindel einer solchen Einheitsfront aufzuklären. Heute kann man die Herrschaften fragen, warum sie sich denn noch nicht verständigt haben, wo sie doch jetzt alle angeblich „Oppositionelle“

sind. Sollten sie morgen zu einer Verständigung kommen, so wird ihnen das auch nichts nützen, und der Betrug an den Massen wird ihnen nicht gelingen, denn wir Kommunisten werden nicht verfehlen, diese „Einheitsfront“, wenn sie einmal mit Erlaubnis und auf Befehl der Bourgeoisie Wirklichkeit werden sollte, zu zwingen, in der Praxis zu enthüllen, wozu sie eigentlich da ist, und dann werden die Arbeiter rasch aus eigener Erfahrung sehen, daß sie dazu da ist, um die Widerstandskraft der Arbeiter zu lähmen, die einheitliche Abwehr der kapitalistischen Pläne unmöglich zu machen. Die Wirkung einer solchen Erfahrung können aber noch so viele Leitartikel des „Sozialdemokrat“ nicht aus der Welt schaffen.

JOSEF STRASSER: DIE MAUSERUNG DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALDEMOKRATIE

Die Wiener Internationale ist auf dem Hamburger Kongreß organisatorisch erledigt worden. Aber ihr Geist lebte noch weiter, d. h. die Zentristen zappelten ängstlich in den derben Fäusten des Reformismus und hielten das getreu ihrer Grundüberzeugung, „ich zapple, also bin ich,“ für ein Lebenszeichen. Sie taten sogar sehr zuversichtlich und erklärten, es müsse die ganze Zweite Internationale mit dem Geiste der Wiener Arbeitsgemeinschaft erfüllt werden. Sie sagen das auch heute noch: so haben erst kürzlich die Häupter des Zentrismus, die in Hamburg in die Zweite Internationale zurückgekehrt sind, die Schweizer Zentristen, die erst jetzt an die Heimfahrt denken, als liebwerte Genossen im Kampfe für die erhabenen Gedanken des Zentrismus begrüßt. Durch solches Getue möchten sie verheimlichen, daß sie heute nicht einmal mehr zappeln. Umsonst. Es läßt sich nicht mehr verbergen: der Zentrismus ist mausetot. Seine eigenen Väter haben ihn erschlagen.

Den Hauptstreich führte Otto Bauer in dem Programmwurf, den die österreichische Sozialdemokratie auf ihrem kommenden Parteitag zum Gesetz ihres Handelns erheben wird, obwohl er klar erkennen läßt, daß sich die Zweite Internationale in einen Söldnerhaufen des Völkerbundes verwandeln will. Bucharin hat in diesen Blättern über dieses Programm, in dem der Zentrismus durch eine, freilich ziemlich verspätete, Selbstanalyse zur vollen Selbstverständigung über seine reformistische Natur gelangt ist, schon alles gesagt, was von unserem Standpunkt darüber zu sagen ist. Dennoch bedarf seine Kritik einer kleinen, aber nicht unwichtigen Ergänzung. Er wußte nämlich, als er sie schrieb, noch nicht, daß die österreichische Sozialdemokratie nicht nur ihr Programm, sondern auch, und zwar radikal, ihr Organisationsstatut ändern will.

Bucharin hat darauf hingewiesen, daß sich der Programmwurf über verschiedene neue Erscheinungen, z. B. Sowjetrußland, mit keinem Sterbenswörtchen äußert. Nun, der Vorstand der österreichischen Sozialdemokratie hat in seinen Abänderungsvorschlägen zum Organisationsstatut

nachgeholt, was Otto Bauer im Programmwurf versäumt hat. Unter den Paragraphen, die der Parteivorstand ändern will, befindet sich nämlich auch der Paragraph 2. Er hat folgenden Wortlaut:

„Der Partei kann nicht angehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder die Interessen der Sozialdemokratischen Partei schuldig macht, einer anderen Partei angehört, für eine andere Partei tätig ist oder eine ehrlose Handlung begangen hat.“

Dazu beantragt der Parteivorstand:

„§ 2 soll ergänzt werden: Der Partei kann nicht angehören, wer für eine andere Partei tätig ist, wer ohne Zustimmung der zuständigen Parteikörperschaften in Gemeinschaft mit Angehörigen anderer Parteien oder der Partei nicht angehörenden Organisationen politisch tätig ist.“

Die Sowjetunion nennt dieser neue Paragraph 2 nicht, aber er redet von ihr. Nämlich: Die österreichische Sozialdemokratie hat jetzt viel Aerger mit den sozialdemokratischen Mitgliedern der Arbeiterdelegation, die aus Oesterreich nach Rußland gefahren ist und nun, nach ihrer Heimkehr, den österreichischen Arbeitern berichtet, was sie dort gesehen hat. Zuerst ließen die sozialdemokratischen Bonzen nichts unversucht, die sozialdemokratischen Mitglieder der Delegation von der Reise nach Rußland abzuhalten. Dann, als die unbotmäßigen Delegierten zurückkamen, war das erste, was sie zu hören bekamen, die Klage Otto Bauers: sie hätten sich gar nicht schön benommen. Immerhin fügte Bauer bei, man denke nicht daran, gegen die sozialdemokratischen Rußlandfahrer organisatorische Maßnahmen zu ergreifen. Es folgte die bis zu Gewalttätigkeiten gehende Sabotage der kleinen Bonzen zur Störung der Berichterstattung über Sowjetrußland. Und endlich stellte eine Organisation den Antrag, drei von den Delegierten aus der Partei auszuschließen. Diese Ausschließungen sind ja, vom sozialdemokratischen Standpunkt, wahrscheinlich notwendig, aber trotzdem ungeheuer peinlich. Der neue § 2 wird der Sozialdemokratischen Partei solche Pein ersparen: er erlaubt ihr, Leute, die nach Rußland fahren wollen, schon auszuschließen, bevor sie ihre verbrecherische Absicht ausgeführt haben.

Der neue § 2 hat aber noch andere Reize. Die Einheitsfronttaktik unserer österreichischen Genossen ist nicht erfolglos geblieben. Sie hat viele sozialdemokratische Arbeiter gegen die Politik der Bonzen aufgebracht. Der erneuerte § 2 wird diesen Rebellen Mores lehren. Seine unbestimmte Fassung ermöglicht es der Parteileitung, ein Parteimitglied schon deswegen auszuschließen, weil es mit Kommunisten verkehrt. Daß die verhältnismäßig stärkste sozialdemokratische Partei Europas, die Musterpartei der Zweiten Internationale, im Kampf gegen eine der schwächsten kommunistischen Parteien zu solchen Mitteln greifen muß, zeigt, daß sie sich durchaus nicht so stark fühlt, wie sie uns glauben machen möchte. Und es zeigt mit der brutalsten Deutlichkeit, viel deutlicher als der scheinheilige Programmwurf, daß die Führer der österreichischen Sozialdemokratie nach rechts galoppieren wollen.

Karl Renner, der Rechtsphilosoph des Austromarxismus, kann jetzt Untersuchungen über den Wandel in den Funktionen der sozialdemokratischen Rechtsinstitute anstellen. Durch den alten § 2 wollte sich die Sozialdemokratische Partei von ihrer rechten Nachbarschaft abgrenzen. Im neuen zieht sie eine Grenze zwischen sich und allem, was links von ihr steht.

N.:

DR. JUR. PHIL. KURT FREIHERR VON REIBNITZ „AMERIKAS INTERNATIONALE KAPITAL- WANDERUNGEN“ *

Die Arbeit von Reibnitz über die Kapitalwanderungen in und aus Amerika stellt eine ernsthafte Untersuchung des Umfanges der Kapitalein- und -ausfuhr seit dem Bestehen dieser transatlantischen Republik dar. Obwohl das durch ihn zusammengetragene Material nichts Neues bietet und keinerlei bisher unbekannte Seiten im Leben des Landes erschließt, ist es dennoch ziemlich lehrreich vom Standpunkt der Theorie des Imperialismus aus. Leider beschränkt sich der Verfasser nur auf eine Untersuchung des Umfanges der Kapitalaus- und -einfuhr, ohne dabei die Handels- und Zahlungsbilanz dieses Landes zu analysieren, und ohne zu versuchen, die von ihm angegebenen, aus verschiedenen Quellen stammenden Zahlen mit den grundlegenden Angaben über die Zahlungsbilanz des Landes zu vergleichen. Die Schlußfolgerungen, die der Verfasser häufig zieht, scheinen uns deshalb wenig begründet zu sein, um so mehr, als der Verfasser den Standpunkt des sogenannten „Effektenkapitalismus“ vertritt — ein Terminus, den er bei Liefman entlehnt und der keineswegs zur Klärung der Grundprobleme beiträgt. Nichtsdestoweniger verlohnt es sich, auf einige Stellen seiner Arbeit aufmerksam zu machen. Vor allem ist seine Anschauung über die weiteren Geschehnisse der Vereinigten Staaten und Europas außerordentlich interessant. Dabei muß erwähnt werden, daß das Buch erst vor kurzem, im Jahre 1926, geschrieben und herausgegeben wurde. Der Verfasser stellt die Verschiebung des Schwergewichts der Weltwirtschaft und der Weltpolitik nach den Vereinigten Staaten fest und führt aus, daß sich der europäische Kontinent in dem Zustand der Stagnation befindet und nur als „Vereinigte Staaten Europas“ wieder aufleben wird. Andererseits sieht er vier Momente, die die kapitalistische Existenz der Vereinigten Staaten bedrohen; erstens den Zusammenschluß der immer radikaler auftretenden Landwirte; zweitens die Revolutionierung der Arbeitermassen, wobei er an die berühmten Worte Bismarcks erinnert, daß die Vereinigten Staaten eine Probe ihrer demokratischen Grundsätze zu bestehen haben werden, sobald Amerika in das Stadium des Kampfes zwischen Reichen und Armen tritt; drittens — die Rivalitäten zwischen den Vereinigten Staaten und Japan, ein Problem, dessen Lösung nach Meinung des Verfassers davon abhängt, ob die Vereinigten Staaten und England ihre Einflusssphären in Südamerika und in den Küstengebieten des Pazifischen Ozeans zu beschränken vermögen. Schließlich, viertens, die Bedeutung Amerikas auf dem Weltmarkt, die von dem Zustand des Geldmarktes in Amerika selbst abhängen wird. Der Verfasser gliedert dann die Kapitalausfuhr nach politischen und rein wirtschaftlichen Motiven und führt aus, daß Amerika bis jetzt keinen politischen Einfluß in Europa verfolgte und lediglich daran interessiert war, den europäischen Kontinent zu befrieden, um zu verhindern, daß irgendwelche politischen Komplikationen den rein handelsmäßigen Transaktionen hinderlich werden könnten. Wie aus den hier angeführten Grundgedanken dieser Arbeit ersichtlich ist, sind sie überaus anfechtbar. Wir halten es nicht für notwendig, an dieser Stelle für oder gegen sie Stellung zu nehmen, und stellen fest, daß diese Meinungen den Anschauungen der Gelehrtenkreise Deutschlands entsprechen.

Es verlohnt sich, noch folgende Angaben aus dieser Broschüre herauszugreifen. Reibnitz bringt eine Tabelle, die den Anteil der Effekten am Gesamtvolksvermögen und den Anteil der ausländischen Kapitalien daran, und zwar vor dem Kriege kennzeichnet, während er gleichzeitig eine Uebersicht über die Gesamtsumme der Kapitaleinfuhr und -einfuhr aus den Vereinigten Staaten gibt, die wir nachstehend anführen:

	Volksvermögen in Milliarden Mark	Effekten	Effekten in % zum Volksvermögen	Kapitalausfuhr in Milliarden Mark
Vereinigte Staaten	530	163	30	4
Deutschland	300	60	20	20
England	260	110	42	64
Frankreich	230	118	51	65

* Berlin und Leipzig, 123 Seiten.

Diese Angaben sind anscheinend nicht genau; jedenfalls unterscheiden sich die von Reibnitz auf Seite 110 über das Volksvermögen der verschiedenen Länder im Jahre 1912 gemachten Angaben erheblich von den hier aufgeführten Zahlen. Für die Vereinigten Staaten wird dort das Nationalvermögen mit 186,3 Milliarden Dollar = 782 Milliarden Mark angegeben; für England mit 72,3 Milliarden Dollar = 304 Milliarden Mark; für Deutschland mit 75 Milliarden Dollar = 315 Milliarden Mark, und für Frankreich mit 57 Milliarden Dollar = 240 Milliarden Mark. Ebenso bringt er auch andere Zahlen der Kapitalausfuhr. Dennoch aber ist die angeführte Tabelle ziemlich bezeichnend und zeigt die Zunahme des fiktiven Kapitals in der heutigen Gesellschaft. Nicht ganz genau scheinen uns auch die Angaben zu sein, die er hinsichtlich der Kapitalein- und -ausfuhr aus den Vereinigten Staaten macht. So z. B. gibt er die Verschuldung Amerikas vor dem Kriege mit 5,3 Milliarden Dollar ein, während wir in der Zeitschrift „The Annals“ vom Juli 1926 die Zahl von 6,5 Milliarden Dollar finden. Des weiteren gibt er die Summe der bis zu diesem Zeitpunkt aus Amerika ausgeführten Kapitalien mit 1 Milliarde Dollar an, während wir in der gleichen Zeitschrift die Ziffer von 3 Milliarden Dollar vorfinden. Andererseits übertreibt er die Kapitalausfuhr Amerikas in der Nachkriegszeit einigermaßen. Am wahrscheinlichsten ist die Summe, die die erwähnte Zeitschrift mit 22 Milliarden angibt — ein Fünfzehntel des gesamten Nationalvermögens.

J. F. HERRABIN

GRUNDRISS DER WIRTSCHAFTSGEOGRAPHIE

Aus dem Englischen übersetzt von
K. A. WITTFOGEL.

Aus dem Vorwort: Der proletarische Student, der in das Wesen des Imperialismus eindringen will, stößt oft auf Schwierigkeiten, die dem Mangel an geographischer Kenntnis entspringen. Dieser Mangel läßt sich nicht beheben durch das Studium eines Lehrbuches der Wirtschaftsgeographie im üblichen Sinne, das dem Leser die Aneignung einer größeren Anzahl mehr oder minder systematisch gruppierter Einzelkenntnisse vermittelt. Was nützt, ist eine Übersicht über Erdkunde „in ihrem Verhältnis zu Geschichte und Wirtschaft“, die „aus der großen Masse des geographischen Materials“ diejenigen Tatsachen auswählt, die vom Standpunkt der Arbeiterklasse von größerer Bedeutung sind als andere.

Die Aufgabe, einen solchen Überblick zu geben, hat der Verfasser des vorliegenden Werkchens in der vortrefflichsten Weise gelöst. Von dem Buche, das aus Vorträgen in Arbeiterkursen entstand und dessen erste Ausgabe Ende 1923 erschien, sind bereits mehrere englische Auflagen vergriffen; es sind auch von ihm zwei russische Übersetzungen erschienen. Es zeichnet sich aus durch eine vollständige Beherrschung des Stoffes und durch eine meisterhaft klare, übersichtliche und präzise Darstellung.

208 Seiten

44 Karten

Preis broschiert 2.50 Mark, Leinen gebunden 3.50 Mark

Zur Orientierung über Politik
und Wirtschaft der Sowjet-
Union empfehlen
wir

N. BUCHARIN

KARL KAUTSKY UND SOWJET- RUSSLAND

163 Seiten
M. 1.20

Verlag für Literatur und Politik
Wien
Berlin SW48